



Soziale Arbeit

Schlussbericht zuhanden der SODK

«Wie kann die Kinder- und Jugendpolitik der Kantone die niederschwellige Partizipation von Kindern und Jugendlichen unterstützen?»

Dr. Dilyara Müller-Suleymanova
Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe

Olivia Frigo-Charles, MA
Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe

Michele Pizzera, MSc.
Zentrum für Bildung, Entwicklung und Services

Prof. Dr. Gabriela Muri Koller
Institut für Kindheit, Jugend und Familie

Prof. Dr. Konstantin Kehl
Institut für Sozialmanagement

Dr. Susanne Nef
Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe

Mit finanzieller Unterstützung von:



3. Juli 2023

Inhalt

1.	Ausgangslage, Ziele und methodisches Vorgehen der Studie	4
1.1	Fragestellungen	5
1.2	Zusammenfassung des Studiendesigns.....	5
1.3	Vorgehen und Methoden.....	6
2.	Literaturanalyse.....	6
2.1	Partizipation und Niederschwelligkeit.....	6
2.2	Prinzipien der Niederschwelligkeit.....	8
2.3	Niederschwellige Partizipation und Heterogenität	10
2.4	Partizipation von fremdplatzierten Kindern und Jugendlichen.....	13
2.5	Digitalisierung und Partizipation	14
3.	Interviews & Fokusgruppen	16
3.1	Interviews mit Expert:innen	16
3.1.1	Faktoren der Niederschwelligkeit	17
3.1.2	Kanton und Gemeinden: Zuständigkeiten und Aufgabenteilung	20
3.1.3	Veränderungspotenziale	21
3.2	Fokusgruppendifkussionen mit Kindern und Jugendlichen.....	23
4.	Workshop mit der Konferenz für Kinder- und Jugendpolitik (KKJP)	28
4.1	Format und Methoden des Workshops	28
4.2	Ideengenerierung im Workshop	28
4.3	Erkenntnisse aus dem Workshop.....	30
5.	Ergebnisdiskussion	31
5.1	Sozialräumliche und lebensweltliche Orientierung von Partizipations-Angeboten ..	31
5.2	«Echte» Partizipation	32
5.3	Neue Strukturen und Prozesse	33
5.4.	Spannungsfeld Schule	34
5.5.	Synthese: Aufgaben der Kantone	35
6.	Handlungsempfehlungen	36
6.1	Kanton als Monitoring-Instanz.....	36
6.2	Verantwortung für Koordinierung und Vernetzung	36
6.3	Einfache Sprache verwenden und Form der Kommunikation	37
6.4	Kanton als Garant für Heterogenität	37
6.5	Vorschlag: «Partizipationsmonat».....	38
7	Literaturverzeichnis	39
8	Anhang. Good Practice Beispiele aus den erhobenen Daten.....	41

Zusammenfassung

Der vorliegende Bericht befasst sich mit dem Thema der niederschweligen Partizipation von Kindern und Jugendlichen und wie die kantonale Kinder- und Jugendpolitik diese fördern kann. Das Forschungsteam hat sich dem Thema aus verschiedenen Blickwinkeln genähert und aus der Literaturanalyse, den Interviews mit Fachpersonen und Expert:innen der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik sowie den Fokusgruppendifkussionen mit Jugendlichen wichtige Erkenntnisse gewonnen, die im Folgenden dargestellt werden. Die niederschwellige Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu fördern, ist eine Querschnittsaufgabe der Kantone und Gemeinden. Da die Gemeinden näher an den Kindern und Jugendlichen, ihren Themen und Lebenswelten sind, werden Partizipationsangebote auf kommunaler Ebene häufiger als niederschwelliger und wirksamer eingeschätzt. Gleichzeitig braucht es kantonale Unterstützungsmassnahmen, die nicht von den Gemeinden übernommen werden können: günstige Rahmenbedingungen schaffen, finanzielle Unterstützung anbieten, Know-how zur Verfügung stellen, sich mit anderen Kantonen vernetzen, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Damit sollen Impulse für eine aktive Partizipationskultur in den Gemeinden gegeben werden. Die Kantone sind sehr unterschiedlich - nach Grösse, kulturellen, sprachlichen, geografischen, topografischen etc. Eigenschaften. Diese Besonderheiten müssen bei der Entwicklung von partizipativen Angeboten berücksichtigt werden. Folgende Grundsätze und Kriterien der Niederschwelligkeit wurden herausgearbeitet:

1) Partizipationsprojekte müssen sich an den Lebenswelten und Sozialräumen der Kinder und Jugendlichen orientieren; 2) Heterogenität der Kinder und Jugendlichen mit ihren spezifischen Bedürfnissen: Partizipationsangebote sollten differenziert und zielgruppenspezifisch sein; 3) Echte Partizipation erfordert Sensibilisierung, Transparenz und die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen von Anfang an; 4) Flexibilität und Ergebnisoffenheit; 5) einfache Sprache und Kommunikation; 6) Kooperation und Vernetzung mit verschiedenen Akteuren im schulischen und außerschulischen Bereich.

Fünf zentrale Handlungsempfehlungen wurden herausgearbeitet:

1. Der Kanton sollte als Monitoring-Instanz fungieren und Gemeinden bei der Umsetzung von partizipativen Projekten unterstützen, indem er Rahmenbedingungen setzt, finanzielle Unterstützung bietet, Know-how vermittelt und die Vernetzung mit anderen Kantonen pflegt.
2. Der Kanton sollte die Koordinierung und Vernetzung relevanter Akteur:innen und Angebote innerhalb der Kantons Grenzen sicherstellen, um einen konstruktiven Dialog zu ermöglichen. Die kantonalen Fachstellen können dabei eine Anlaufstelle für Fragen zur Kinder- und Jugendpartizipation sein und Austauschplattformen bieten.
3. Es ist essenziell, eine einfache Sprache zu verwenden und die Kommunikation in kinder- und jugendgerechter Weise zu gestalten. Dies erfordert Einfachheit und gezielte Weiterbildung für Personen in der Politik und Verwaltung. Lokale Akteur:innen, die bereits Kontakt zu Kindern und Jugendlichen haben, sollten ebenfalls einbezogen werden.
4. Der Kanton sollte sicherstellen, dass die Heterogenität der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt wird. Er sollte als «Gewährleistungsinstanz» agieren und Empfehlungen aussprechen, um dafür Sorge zu tragen, dass alle Gruppen angemessen einbezogen werden.
5. Es wird vorgeschlagen, einen «Partizipationsmonat» einzuführen, der regelmässig wiederkehrt. Dieser Monat würde verschiedene Aktivitäten und Projekte zur Kinder- und Jugendpartizipation umfassen und zur Sensibilisierung beitragen. Der Kanton sollte diesen Vorschlag initiieren und begleiten, während die lokalen Akteur:innen konkrete Aktionen vor Ort umsetzen.

1. Ausgangslage, Ziele und methodisches Vorgehen der Studie

Die Konferenz für Kinder- und Jugendpolitik (KKJP), eine Fachkonferenz der SODK der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK), setzt sich für die Umsetzung der Kinderrechte und die Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik in der Schweiz sowie für ihre Koordination unter den Kantonen ein. Partizipation ist zu einem der zentralen Themen der Kinder- und Jugendpolitik in der Schweiz geworden. Denn Partizipation ist ein wichtiger Faktor, der das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft stärkt und zur Integration von Kindern und Jugendlichen beiträgt. In den letzten Jahren wurden schweizweit zahlreiche Partizipationsprojekte für diese Zielgruppen lanciert und umgesetzt sowie verschiedene Studien zu diesem Thema durchgeführt. Dennoch sind noch weitere Anstrengungen nötig, damit die Schweiz allen Kindern und Jugendlichen Partizipation ermöglicht. Die vorliegende Studie zur niederschweligen Partizipation hat zum Ziel, den aktuellen Wissensstand diesbezüglich zu erweitern und Empfehlungen zu erarbeiten. Auf Grundlage der Erkenntnisse des Projekts soll ein intensiverer Austausch zwischen den Kantonen zu diesem Thema ermöglicht sowie die Rolle der Kantone hinsichtlich dieser Thematik geschärft werden. Vor diesem Hintergrund wird folgende Hauptfragestellung untersucht:

Wie können Formen der niederschweligen Partizipation im Rahmen der kantonalen Kinder- und Jugendpolitik gefördert werden?

Die Fragestellung schliesst an die Definition von Partizipation des UN-Kinderrechtsausschusses an, auf den sich die (SODK) in ihren Empfehlungen an die Kantone stützt: Partizipation verstanden als andauernde Prozesse, die einen auf gegenseitiger Achtung basierenden Informationsaustausch und Dialog zwischen Kindern und Erwachsenen beinhalten und in denen Kinder erfahren können, wie ihre Ansichten und die der Erwachsenen berücksichtigt werden und welchen Einfluss sie auf das Ergebnis dieser Prozesse haben¹. Die SODK empfiehlt den Kantonen folgende Ziele zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpolitik (SODK, 2016): «Das Recht aller Kinder und Jugendlichen auf Partizipation, die freie Meinungsäusserung und die Anhörung in allen sie betreffenden Angelegenheiten ist gewährleistet und wird von den Kantonen und Gemeinden angewandt».

Vor diesem Hintergrund werden folgende Themenfelder im vorliegenden Projekt untersucht:

- Konzeptuelle Grundlagen und Definition der niederschweligen Partizipation in Bezug auf die heterogene Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen;
- Identifizierung und Analyse von innovativen Instrumenten und Good Practices;
- Analyse und Vorschläge zur Förderung der niederschweligen Partizipation durch die Kantone.

Um dies zu ermöglichen, soll im Rahmen des Projekts erstens eine theoretisch, konzeptionell und methodisch umfassende Diskussion von Niederschwelligkeit mit Fokus auf die Zielgruppen erarbeitet werden. Zweitens soll eine strukturierte und differenzierte Analyse von bestehenden Ansätzen, Instrumenten und Good-Practice-Beispielen unter besonderer Berücksichtigung der Perspektiven und Ressourcen von Kindern und Jugendlichen in heterogenen Lebenslagen und Kontexten erarbeitet werden. Drittens fragen wir danach, wie Kantone den nie-

¹ COMITÉ DES DROITS DE L'ENFANT, Observation générale n°12 (2009): Le droit d'être entendu, CRC/C/GC/12, Genf 2009, S. 4. Verfügbar in Französisch unter <https://undocs.org/fr/CRC/C/GC/12>

derschweligen Zugang zu entsprechenden Prozessen in den Gemeinden und in Kooperation mit den dazugehörigen Akteur:innen der Jugendpartizipation im weitesten Sinne fördern können. Der Ansatz des Projekts zeichnet sich dadurch aus, dass sowohl Kinder und Jugendliche als auch Fachpersonen in die Bearbeitung dieser Fragen einbezogen werden. Dabei gewährleistet die Expertise des Projektteams in partizipativen, kollaborativen Projekten, dass innovative Prozesse und Strukturen zur Förderung von niederschwelliger und altersgerechter Partizipation reflektiert und weiterentwickelt werden.

1.1 Fragestellungen

Im Anschluss an die Hauptfragestellung stehen folgende Forschungsfragen im Mittelpunkt:

- **Niederschwellige Partizipationsformen:**
 - Was bedeutet Niederschwelligkeit in Bezug auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen konkret? Warum ist Niederschwelligkeit wichtig, um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu fördern?
 - Welche Prinzipien, Bedingungen und Kriterien bestimmen die Niederschwelligkeit unter Berücksichtigung der heterogenen Voraussetzungen?
 - Welche Voraussetzungen sind für die Umsetzung der Niederschwelligkeit erforderlich? Anhand welcher Indikatoren kann die Niederschwelligkeit von Partizipation beurteilt werden?
 - Mit welchen Indikatoren kann die Wirksamkeit niederschwelliger Partizipation evaluiert werden?
- **Innovative Instrumente und Good Practices:**
 - Welche innovativen Instrumente existieren in diesem Bereich? Welche Angebote haben sich als Good Practices etabliert?
 - Welche Erfolgsfaktoren, häufige Barrieren und Herausforderungen lassen sich eruieren?
 - Wie können, aufbauend auf der Analyse der innovativen Instrumente und Good Practices, die bestehenden Partizipationsprojekte in ihrer Niederschwelligkeit gestärkt werden?
- **Förderung der niederschweligen Partizipation durch die Kantone:**
 - Wie können Kantone und Gemeinden niederschwellige Partizipationsprojekte unterstützen und umsetzen? Welche Hindernisse und Potenziale gibt es dabei?
 - Wie können Kantone die Gemeinden bei der Schaffung von neuen Einrichtungen und niederschweligen Zugängen zu bestehenden Strukturen unterstützen?

1.2 Zusammenfassung des Studiendesigns

Das Projekt zeichnete sich durch die Verbindung eines partizipativen, an den Lebenswelten von Jugendlichen und Kindern orientierten Ansatzes mit einer sozialplanerischen Perspektive aus, die relevante Akteur:innen aus Verwaltung, Politik und Gesellschaft einbezieht (Dittmann und Kehl, 2022). Durch die Kooperation von drei Instituten des ZHAW-Departements Soziale Arbeit – Institut für Vielfalt und gesellschaftliche Teilhabe, Institut für Kindheit, Jugend und Familie, Institut für Sozialmanagement – wurden unterschiedliche disziplinäre Perspektiven und Kompetenzen eingebracht. Zur Beantwortung der Fragestellungen erfolgte ein multi-methodisches Vorgehen, für das bestehende Forschungsdaten konsultiert und analysiert, jedoch auch Wissensbestände von Fachpersonen sowie von Kindern und Jugendlichen qualitativ einbezogen wurden. Die kombinierte Auswertung erlaubt es, breit abgestützte Handlungsempfehlungen für die Stärkung der niederschweligen Partizipation von

Kindern und Jugendlichen in der Schweiz zu formulieren. Dabei war das Projekt selbst partizipativ und kollaborativ angelegt und betonte alters- und ressourcenorientierte Ansätze, z.B. im Bereich digitaler Partizipation sowie innovative Methoden wie Design-Thinking-Ansätze. Die KKJP wurde als Begleitgruppe aktiv eingebunden, um die Expertise und das schweizweite Netzwerk der Vorstandsmitglieder adäquat einzubeziehen.

1.3 Vorgehen und Methoden

Konkret verfolgten wir zur Untersuchung der Fragestellungen ein Studiendesign, das in drei Module gegliedert ist (siehe Tabelle). Die kombinierte Auswertung erlaubt es, breit abgestützte Handlungsempfehlungen für die Stärkung der niederschweligen Partizipation von Kindern und Jugendlichen unter Berücksichtigung derer heterogenen Lebenswelten in der Schweiz zu formulieren. Zwecks kontinuierlicher Abstimmung von Projektschritten und dem Ziel, die Expertise des Vorstandes der KKJP im Projekt einzubinden, begleiteten die Mitglieder des Vorstandes das Forschungsteam bei der Erstellung der Studie (Begleitgruppe). Hierfür wurden 4 Sitzungen des Projektteams mit dem Vorstand der KKJP durchgeführt. Die folgende Grafik präsentiert das Projektdesign entlang der drei Module und des Zeitrahmens von Juli 2022 bis Juni 2023. Der vorliegende Bericht fasst die wesentlichen Erkenntnisse des Projekts zusammen.

Übersicht der drei Module

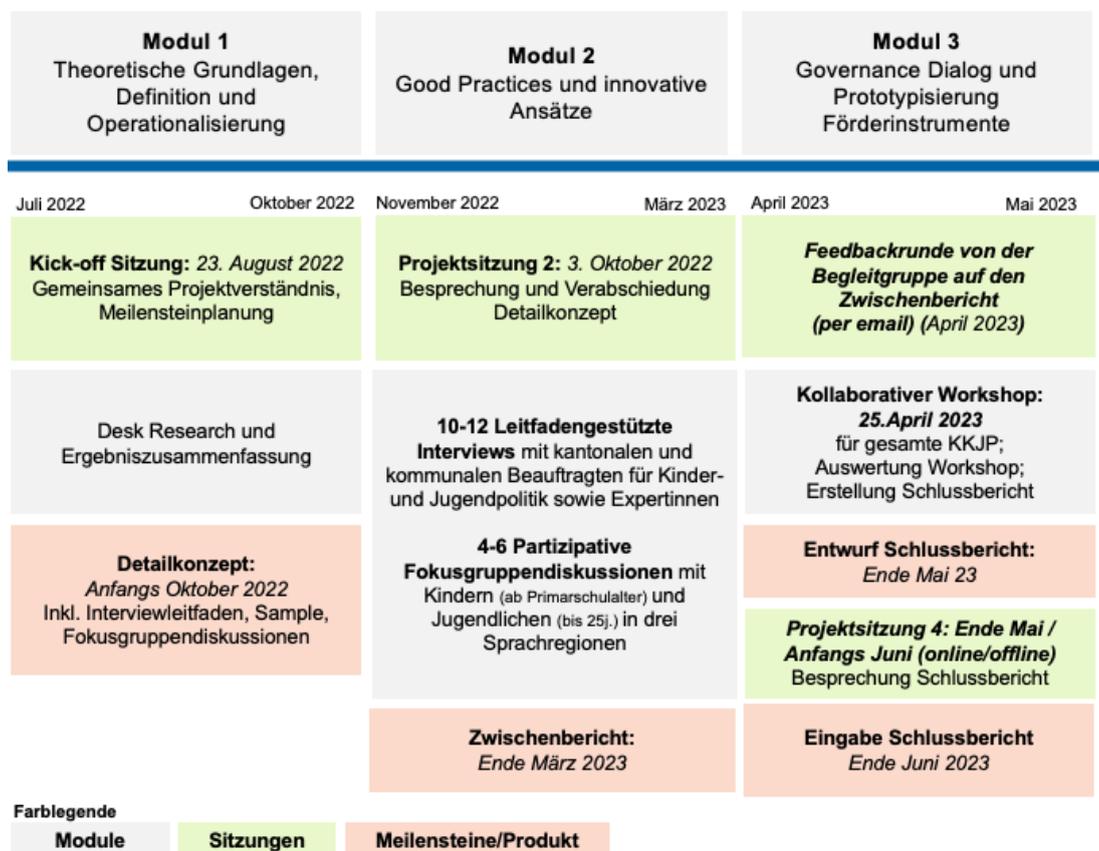


Tabelle.

2. Literaturanalyse

2.1 Partizipation und Niederschwelligkeit

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen steht in der Schweiz immer wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit und Wissenschaft (Rieker et al. 2016, S. 1). Dies ist u.a. deshalb der Fall, weil im internationalen Vergleich ungeachtet der direkten Demokratie zwar allgemein die Beteiligung an Abstimmungen und Wahlen eher wenig stark ausgeprägt ist, aber insbesondere auch eine geringe Stimm- und Wahlbeteiligung junger Personen zu verzeichnen ist (Wittwer 2015, S. 27–28; Vatter 2020, S. 554–555). Es wird davon ausgegangen, dass ein zentraler Aspekt dabei ist, dass Kinder und Jugendliche nicht mit denselben demokratischen Mitbestimmungsrechten ausgestattet sind wie Erwachsene und sie sich daher in jungen Jahren noch keine bis nur erschwert Gestaltungs- und Entscheidungskompetenzen aneignen können. Daher ist es zu zahlreichen Initiativen und Entwicklungen in diesem Bereich gekommen. Dennoch gibt es noch einige Lücken und Handlungsbedarf, insbesondere bezüglich der Niederschwelligkeit und Erreichbarkeit verschiedenen Gruppen der Kinder und Jugendlichen (SODK, 2016; Wittwer, 2015; Zimmermann & Schmuziger 2021).

Dabei begegnen viele Projekte zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Allgemeinen und zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Speziellen ähnlichen Herausforderungen: Kinder und Jugendliche für die Teilnahme zu motivieren, diese Motivation über längere Zeit aufrechtzuerhalten sowie unterschiedliche Gruppen von Kindern und Jugendlichen zu erreichen. Denn zahlreiche bestehende Angebote der Partizipation sind für diese zu hochschwellig und wenig anschlussfähig an die diversen Lebenslagen, biographischen Situationen und Motivationen der Kinder und Jugendlichen. Einige Autor:innen fordern ein Umdenken hinsichtlich des Partizipationsbegriffes mit einer stärkeren Einbindung von Stimmen, Perspektiven und Definitionen der Partizipation der Jugendlichen und Kinder selbst (Walther et al., 2019). Kinder und Jugendliche entwickeln viele verschiedene Formen von informellen Praktiken und bringen sich auf diverse Weise in das öffentliche Zusammenleben ein (z.B. durch Praktiken im öffentlichen Raum, Proteste, digitale Aushandlungsprozesse, etc.). Diese sollten ernst genommen und nicht durch eine zu formalisierte Definition von Partizipation ausgeschlossen werden (Walther et al., 2019). Hierbei sind implizite und explizite Machtverhältnisse bzw. Machtasymmetrien in den Projekten zwischen Kindern und Jugendlichen einerseits und erwachsenen Beteiligten andererseits relevant, die sich beispielsweise dadurch auszeichnen, dass die Agenda, die Fragen und Prozesse immer noch häufig top-down definiert werden (Nef et al., 2022). Zentral ist daher die Frage, was Kinder und Jugendliche unter Partizipation verstehen und wie sich ihre Perspektiven und Ressourcen erschliessen lassen.

Die politische Partizipation von Jugendlichen ist «eine kollektive Partizipationsform, bei der Jugendliche in die politischen Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden» (Hirschi & Blumenthal, 2016, S. 14). Dabei geht es nicht nur lediglich um Entscheidungsprozesse, sondern auch um vorangehende Möglichkeiten der Information, Meinungs- und Willensbildung (Schmuziger & Zimmermann, 2021, S. 4). Prozesse der Teilhabe im Sinne eines ausschliesslichen Informierens oder Teilhabe an schon vordefinierten Prozessen sind daher klar davon abzugrenzen. Partizipation in der Politik bedeutet für Kinder und Jugendliche somit, die Möglichkeit zu haben, Entscheidungen zu treffen in Bezug auf die ihre Lebensbereiche betreffenden Fragen. Davon müssen nachhaltige, feststellbare Effekte ausgehen, die ihre Lebenswelt beeinflussen (Schmuziger & Zimmermann, 2021, S. 4–5). Partizipation entsteht somit an der Schnittstelle vom Handeln der Kinder und Jugendlichen und den gesellschaftlichen Themen, die sie damit ansprechen – und den daran beteiligten Institutionen und Akteur:innen (Walther et al., 2021, S. 193). Sollen sich Kinder und Jugendliche innerhalb von politischen Partizipationsprojekten und -angeboten beider Art engagieren, gibt es vielzählige Faktoren, die ihre Motivation beeinflussen können. Niederschwelligkeit in Bezug auf den Zugang und die Ausgestaltung der Partizipationsangebote spielt dabei eine zentrale Rolle (Nef et al., 2022, S. 50–52).

Mit Bezug auf das Recht von Kindern und Jugendlichen zur Partizipation stellt sich die Frage, inwiefern die Umsetzung dessen für alle zutrifft (Reitz, 2015). Unterschiede entlang von Differenzlinien (siehe Abschnitt 2.3) sowie die unterschiedliche Ausstattung mit Ressourcen und demokratischen Mitbestimmungsrechten beeinflussen Möglichkeiten und Zugänge von Kindern und Jugendlichen zur Partizipation (Nef et al., 2022; Rieker et al., 2016; Wittwer, 2015). Daher scheint es unumgänglich, diese Faktoren bei der Gestaltung von Partizipationsprojekten mitzudenken und diese entsprechend niederschwellig auszurichten.

Niederschwellige Angebote und Projekte verfolgen das Ziel, die soziale Inklusion zu fördern, indem sie in erster Linie die «Selbstbestimmung und Teilhabe am sozialen Leben» (Oehme, 2011, S. 7) fördern, wobei sowohl strukturelle als auch individuelle Komponenten dabei zum Zuge kommen: «Es geht einerseits darum, Anschlüsse an im weitesten Sinne soziale Strukturen herzustellen, den Jugendlichen Zugänge zu verschaffen, die ihnen ohne Unterstützung verschlossen bleiben. Es geht andererseits aber immer auch darum, sie bei der Arbeit an diesen Zugängen ‚mitzunehmen‘, sie individuell für diese Strukturen zu befähigen, ihnen die Möglichkeit zu geben, die entsprechenden Kompetenzen zu entwickeln» (Oehme, 2011, S. 7).

Es eröffnet sich jedoch die Frage, inwiefern als inklusiv proklamierte Partizipation in der Praxis aber nicht als solche funktioniert. In einer spanischen Studie konnte dargelegt werden, dass offene Partizipationsprogramme allein Inklusion nicht gewährleisten (Laforge et al., 2022). Trotz einem Aufruf zur Teilnahme im Stil «Alle Kinder und Jugendliche können teilnehmen» gibt es diverse soziale Barrieren, die dazu führen, dass einige Kinder und Jugendliche glauben, es sei für sie weniger legitim oder sie seien weniger gut ausgestattet, um an diesen teilzunehmen (Laforge et al., 2022, S. 70).

2.2 Prinzipien der Niederschwelligkeit

Wie die Literaturrecherche zeigt, fehlen bisher weitgehend ausgearbeitete theoretische Grundlagen bzw. wissenschaftlich-empirische Forschungsarbeiten zum Thema Niederschwelligkeit (Mayrhofer 2012, 146). Eine Definition von Niederschwelligkeit findet sich in keinem der Standardwerke der Sozialarbeit bzw. Sozialpädagogik, ist aber Bestandteil vieler Konzepte und Praktiken sozialer Einrichtungen (Arnold & Höllmüller 2017, 20). In der Praxis der Sozialen Arbeit ist keine einheitliche Begriffsverwendung zu beobachten, so können je nach Arbeitsfeld der Sozialen Arbeit unterschiedliche Akzente im Verständnis von Niederschwelligkeit gesetzt werden (Mayrhofer 2012, 146). Gebken & Vosgerau (2014, 58) schlagen vor, den Begriff der Niederschwelligkeit (bzw. Niederschwelligkeit) als einen weit verbreiteten Ansatz zu definieren, der in erster Linie darauf abzielt, dass potenzielle Angebotsnehmer keine oder nur geringe Voraussetzungen erfüllen müssen, um Angebote in Anspruch nehmen zu können. Es geht darum, Barrieren und Schwellen zu Angeboten der Sozialen Arbeit abzubauen, um möglichst viele bzw. schwer erreichbare Gruppen zu erreichen. Auf Basis der Literaturrecherche lassen sich einige wichtige Prinzipien von Niederschwelligkeit in Bezug auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ableiten.

- 1) Die niederschwellige Partizipationsprojekte **sollten möglichst nah an den Lebenswelten, dem Alltag und den Erfahrungen von Kindern und Jugendlichen orientieren** (Oehme, 2011; Nef et al., 2022, S. 56). Oehme bezeichnet dabei Niederschwelligkeit als «'Vorschuss' an Vertrauen und Akzeptanz» (2011, S. 6), welcher den Kindern und Jugendlichen und ihren Lebenswelten entgegengebracht werden muss. Vromen und Collin (2010, S. 104) schreiben: «initiatives need to be youth-led, purposeful and provide feedback and be creative and fun».

- 2) Die **niederschwellige Partizipationsprojekte sollen an bereits bestehende Räume, Gruppen und Netzwerke, sowie deren Umfeld** (z.B. Schule, Jugendräume/Jugendtreffs, Internet oder soziale Medien) **anknüpfen**. Die Partizipation wird niederschwelliger, wenn sie in Räumen stattfindet, die den Kindern und Jugendlichen bereits vertraut sind. In diesen Räumen praktizieren junge Menschen häufig bereits informelle Formen der Partizipation in Form von subkulturellen Praktiken (Pitti et al., 2019, S. 136). Durch diese informellen (sub-)kulturellen Praktiken, die nicht notwendigerweise als Teil der formellen Partizipation verstanden werden, lernen die Jugendlichen, sich zu beteiligen (Pitti et al., 2019, S. 136). Somit können niederschwellige Partizipationsprojekte und -angebote an diesen Praktiken in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ansetzen.
- 3) Als einen weiteren wichtigen Aspekt definieren wir in Anlehnung an Vromen und Collin (2010, S. 103) die Differenz von versprochenen Möglichkeiten und tatsächlichen Ergebnissen der Partizipation. Die Ziele und Ergebnisse (Endprodukt) der Partizipation müssen den Jugendlichen transparent kommuniziert werden. Oft stehen die Art und Weise sowie die Umsetzung von Partizipationsprozessen mehr im Fokus als deren vollständige Umsetzung und Zielerreichung. **Dabei scheint es für Kinder und Jugendliche evident wichtig zu sein, zeitnah erleben zu können, was sie mit ihrer Teilhabe erreichen**. Bedeutsam ist hier, dass bei Partizipationsprozessen Ziele und Erwartungen reflektiert werden müssen, damit keine Scheinpartizipation gefördert wird (Rameder, 2015).
- 4) **Partizipationsprojekte sollen safe-spaces und Räume des «Ausprobierens»/«Experimentierens» sein, in denen sich Kinder und Jugendliche sicher fühlen und sich frei und ohne Angst äussern können**. Diese Erkenntnis wird aus der Studie zur Klimajugend in der Schweiz (Jans et al., 2020) sowie aus dem Forschungsbericht «Ich und meine Schweiz» (Beyeler et al., 2015, S. 69) und der Studie zur politischen Partizipation von Nef et al. 2022 abgeleitet. Die Jugendlichen legen mehr Wert auf politische Bildung «... im Sinne eines aktiven Erlebens und Übens von Politik und politischer Auseinandersetzung» (Jans et al., 2020, S. 30). Letztere Studie nennt die Wichtigkeit von Einstiegsmöglichkeiten in die Politik, die beispielsweise nicht in erster Linie Politik im engeren (institutionellen) Sinne ins Zentrum rücken, sondern den Fokus auf das gegenseitige Kennenlernen setzen, sowie auch die Bedeutung des Arrangierens von safe-spaces, innerhalb dieser Kinder und Jugendliche politische Diskussionen und Aktivitäten ausprobieren können.
- 5) Weiteres wichtige Prinzip der Niederschwelligkeit ist die Flexibilität und Erreichbarkeit der Angebote (Nef et al., 2022, S. 56–57). **Partizipationsprojekte und -angebote sollten in Anlehnung an das Konzept «pockets of participation» (Franks, 2011) verschiedene flexible Optionen bieten, die von Kindern und Jugendlichen je nach ihrer spezifischen Lebenslage und Situation wahlweise genutzt werden können**. Nach dem «pockets of participation» Ansatz wird in den Mittelpunkt des Prozesses gestellt, dass die Jugendlichen in jeder Phase selbst bestimmen können, was und wieviel sie übernehmen möchten (Franks, 2011).
- 6) Niederschwellige Partizipationsangebote müssen von ungleichen Voraussetzungen der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen ausgehen. **Niederschwellige Partizipationsangebote dürfen nicht als one-size-fits-it-all entwickelt und durchgeführt werden, sondern sollten entlang der Kontexte, Differenzen, Lebenswelten und Diversitäten innerhalb der Zielgruppe ausgestaltet und vielfältig werden**. In der konkreten Umsetzung bedeutet das oft, dass die verschiedenen Zielgruppen gerade zum Beispiel anhand der verschiedenen Differenzlinien unterschieden und ihnen entsprechende Angebote entwickelt werden müssen, unter Berücksichtigung der Intersektionalität. Im

folgenden Abschnitt sollen verschiedene Dimensionen der Partizipation anhand der Kategorien Alter, Gender, Migrationshintergrund, Bildung, Armut und Beeinträchtigung vorgestellt werden.

2.3 Niederschwellige Partizipation und Heterogenität

Statt von einer homogenen Gruppe von Kindern und Jugendlichen zu sprechen, gilt es – insbesondere, wenn es um die Frage der Niederschwelligkeit von Partizipation geht – ein Bewusstsein für die Heterogenität der Gruppe zu entwickeln und diese aktiv zu berücksichtigen. Denn die Gruppe der Kinder und Jugendlichen in der Schweiz ist enorm heterogen: Erstens in Bezug auf die Bürgerrechte, den Aufenthaltsstatus sowie sozio-ökonomische, räumliche, kulturelle und sprachliche Hintergründe. Ausserdem sind Kinder und Jugendliche mit Migrations- und Fluchtgeschichte, im Asylprozess, Sans-Papiers und andere vulnerable Gruppen von vielen Aspekten des öffentlichen Lebens sowie der Partizipation ausgeschlossen. Abgesehen davon, dass der soziale Status von Kindern und Jugendlichen an sich ein Hindernis für Partizipation darstellen kann – Kindheit und Jugend gelten als «unvollkommene» Lebensphasen, in denen ihre Meinungen noch nicht gültig sind (Laforge et al., 2022) – sind Kinder und Jugendliche mit unterschiedlichen Ressourcen ausgestattet und befinden sich in unterschiedlichen Lebenssituationen/Lebenskonstellationen, die den Zugang zu Partizipation erschweren oder erleichtern können. Neben den drei klassischen Kategorien Geschlecht (*gender*), Ethnizität (*race*) und Schichtzugehörigkeit (*class*) gibt es eine Vielzahl weiterer Faktoren, die das Partizipationsverhalten und den Zugang zu Partizipation erleichtern bzw. erschweren können: Alter, sozioökonomischer Hintergrund, Migrationshintergrund, Bildungs(-hintergrund), urbane versus periphere Lebensräume, körperliche, psychische oder kognitive Voraussetzungen, Sprache, digitale Kompetenz, sexuelle Orientierung bzw. Identität. Nach dem analytischen Konzept der Intersektionalität können diese verschiedenen sozialen Kategorien ineinandergreifen und Ungleichheiten gegenseitig verstärken (Cho et al., 2013). Auch die Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann in diesem analytischen Rahmen weiter reflektiert werden.

Alter & Erfahrung

Altersgerechte niederschwellige Partizipation bedeutet mit altersgerechten Methoden – Textformen, Bildern, Filmen, Geschichten – lebensweltnahe Themen aufzugreifen und mit den Kindern und Jugendlichen gemeinsam zu erarbeiten. Zentral ist dabei das Aufzeigen der Auswirkungen von (Nicht-) Partizipation auf ihre konkreten Lebensbereiche und die Übersetzung von Beispielen politischer Partizipation auf alterstypische Formen der Aushandlung und Partizipation (z.B. in der Familie, im Wohnumfeld, in der Kita, in der Peer-Gruppe).

Für Kinder im Vorschulalter bedeutet niederschwellige Partizipation eine Orientierung an Erfahrungs- und Erlebnisdimensionen im Alltag von jungen Kindern (Schütz & Böhm, 2019). Genügend Zeit für das Kennenlernen und Erproben von verschiedenen Methoden sind in diesem Alter essenziell. Die Methoden müssen unterschiedlich verbindlich sein und Handeln, Bewegung, Erleben und Spielen mit unterschiedlichen Materialien, Spielangeboten ermöglichen. Junge Kinder müssen punktuell ein- und aussteigen können, die Einführung darf weder überfordern noch langweilen und Präferenzen in Bezug auf text-, non-verbal- oder bildorientierte Medien müssen ausprobiert und verworfen werden können. Junge Kinder niederschwellig für Partizipation zu gewinnen, bedeutet auch die Eltern frühzeitig zu erreichen und ihr Vertrauen zu gewinnen.

Schulkinder haben wiederum andere Bedürfnisse. Bei ihnen genügt es beispielsweise nicht, sie Wünsche zeichnen zu lassen und dies in eine Erwachsenenperspektive zu übersetzen. Entscheidend ist auch in diesem Alter

ein lebenswelt- und erlebnisorientierter Ansatz, der narrative Dimensionen hoch gewichtet – über tätige, sprachliche und emotionale Aneignung der Umwelt durch Kinder – z.B. mit «Commented Walks» im konkreten Lebensumfeld (Muri & Suppa, 2018). Die Rolle der Fachpersonen ist es dabei, unterstützend zu begleiten und die Kinder als Expert:innen ihrer Lebenswelt anzusprechen (ARGE Partizipation Österreich, 2017). Dazu gehört, dass sie freiwillig und selbstbestimmt partizipieren und dass sie in allen Phasen – von der Zielformulierung bis zur Planung der Projektphasen – aktiv beteiligt werden und Selbstwirksamkeit erfahren. Schliesslich ist die Verbindlichkeit der Umsetzung und der Einbezug von verantwortlichen Behörden dabei sicherzustellen.

Bei noch schulpflichtigen Jugendlichen bedeutet dies darüber hinaus, dass projektbezogene und offene Formen der informellen und punktuellen Beteiligung möglich sind, die sich an Alltagsthemen, Freizeitinteressen und Peer-Szenen orientieren. Sie ermöglichen, dass die oft zeitlich eingespannten Jugendlichen sich an einem bestimmten Projekt beteiligen und dann auch wieder aussteigen können. Parlamentarische Formen wiederum bieten eine längerfristige Verpflichtung – hier ist der direkte Dialog mit Entscheidungsträger:innen wichtig, die wiederum die Verbindlichkeit der Umsetzung garantieren können.

Jugendliche, die nicht mehr in der Schule und auch nicht in Freizeitorganisationen engagiert sind, konzentrieren sich in ihrer Freizeit stärker auf Peers, haben zum Teil keine fixen Aufenthaltsorte und fühlen sich oft von Erwachsenen nicht ernst genommen (Stadtentwicklung und Stadtplanung Wien, 2012, S. 42). Sie befürchten Einschränkungen und empfinden das Beteiligungsangebot teilweise als langweilig. Sie können zum einen mit Angeboten erreicht werden, die sie und ihre Peers «cool» finden (bspw. Web-2.0-Angebote, Online-Netzwerke, Sport und Spiel, Angeboten in «ihrer Sprache»). Dabei kann es hilfreich sein, ggf. zu Beginn, Angebote zu offerieren, in denen sie sich mit ihren eigenen, homogenen Gruppen beteiligen können. Zum anderen erfolgen mögliche Kontakte über Organisationen wie ausserschulische und aufsuchende Jugendarbeit, Jugendzentren oder informelle Jugendtreffpunkte im öffentlichen Raum.

Es kann zusammengefasst werden: Altersgerechte Partizipation bedeutet, dass Partizipationsmöglichkeiten dem Alter und den Fähigkeiten der Kinder entsprechend angepasst werden müssen (Clark & Moss 2005; Muri & Simoni 2019; Schürch 2007). Sie haben unterschiedliche Bedürfnisse und die Erreichbarkeit variiert dementsprechend. Partizipative Kompetenzen müssen bereits in der frühen Kindheit gefördert werden, damit Kinder von klein auf lernen, dass sie etwas bewirken können (Brüschweiler et al., 2021). Niederschwellige Projekte sollten daher besser an die Lebensumstände von Kindern und Jugendlichen und ihre biografischen Situationen und Ressourcen wie Peer-Tutoring anknüpfen (Heeg et al., 2015).

Gender

Geschlechtsspezifische Sozialisierung hat Einfluss darauf, welche Themen junge Menschen als wichtig empfinden und wie sie partizipieren (vgl. Knauer & Sturzenhecker, 2005). So würden «sich Mädchen häufig in öffentliche Diskurse mit ‚anderer Stimme‘ einbringen als Jungen (das kann sogar soweit gehen, dass diese Weise von anderen als ‚Zurückhaltung‘ o.ä. gedeutet wird)» (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 73). Je nach Geschlechtsidentität sind für Jugendliche unterschiedliche Themen der Partizipation interessant. So können sich junge Menschen, die sich als trans- oder non-binär definieren für andere Themen und anderen Formen der Partizipation interessieren. Im Bereich der konventionellen, politischen Partizipation (beispielsweise Kinder- und Jugendparlamente) sind männliche Jugendliche stärker vertreten, vor allem wenn sie aus der Mittelschicht stammen und eher älter sind (Rieker et al., 2016). Diese Tendenz zeigt sich auch in organisationsbezogenen Kon-

texten wie Vereinen und Verbänden, wobei sich bei informellen Partizipationsformen geringere Geschlechterdifferenzen zeigen (Gaiser & de Rijke, 2007). So engagieren sich junge Frauen und Männer zum Beispiel auch bei der Beteiligung an sozialen Bewegungen wie Umweltschutzgruppen, Friedensinitiativen, Menschenrechtsgruppen etc. gleich stark, ggf. Frauen sogar etwas stärker (Moser, 2010). Männliche Jugendliche würden tendenziell konventionelle Partizipationsangebote im Bereich der Politik als «Übungsfeld» betrachten und trauen sich diese zu, während junge Frauen dieser Art der Partizipation und der damit verbundenen Verantwortung eher skeptisch gegenüberstehen würden (Rieker et al., 2016, S. 10). «Weibliche Jugendliche können sich dagegen vor allem Engagement in ihrem sozialen Nahbereich vorstellen» (Rieker et al., 2016, S. 10).

Migrationsbezogene Diversität

Die Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen können durch einen Migrationshintergrund beeinflusst werden. Bei jugendlichen Migrant:innen wurde insbesondere in der ersten Generation eine geringere Beteiligung beobachtet (Rieker et al., 2016, S. 9). Wiederum zeigen Jugendliche mit Migrationshintergrund, «dass sie in der Lage sind, kreativ mit ihrer Situation ‚zwischen den Kulturen‘ umzugehen und ganz neue Lösungs-, Sprach- und Identitätsweisen zu entwickeln» (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 76; Müller-Suleymanova & Adili 2023). An dieser Stelle ist es daher wichtig festzuhalten, dass ein Migrationshintergrund allein nicht per se zu einer Benachteiligung führen muss, sondern in Kombination mit anderen sozialen und ökonomischen Faktoren häufig diskriminierende Wirkungen entfaltet – was die Bedeutung des intersektionalen Ansatzes noch einmal verdeutlicht. Soziale Ausgrenzungsmechanismen können sich gegenseitig verstärken. So zeigt Moser (2010, S. 322), dass für Jugendliche, die aus einem ressourcenstarken Elternhaus kommen (in Bezug auf soziales und finanzielles Kapital sowie Bildung) der Migrationshintergrund nicht hinderlich für Teilhabe sein muss. Ist dies jedoch nicht der Fall, so verstärkte der Migrationshintergrund die gesellschaftliche Benachteiligung. Dabei könne auch der Wohnort dies beeinflussen: Durch oftmals segregierte Wohn- und Lebensbereiche werden Anregungen aus dieser Bevölkerungsgruppe vielfach weniger gehört und werden nicht wirksam (Gimpel & Pearson-Merkowitz, 2009). Intersektionale Benachteiligungen müssen proaktiv berücksichtigt werden. So stellen für beruflich stark engagierte Eltern, für Alleinerziehende oder für benachteiligte Familien zeitliche Belastungssituationen häufig Barrieren dar, um Partizipationsprozesse der Kinder im Alltag zu fördern. Bei bildungsfernen, einkommensschwachen und erwerbslosen Menschen stehen zudem existenzielle Sorgen im Vordergrund. Auch kulturalisierende und rassistische Prozesse der Ausgrenzung und Abwertung können die Partizipation von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verhindern (Geisen & Riegel, 2007, S. 23).

Bildung

Das Partizipationsverhalten korreliert mit dem Bildungsstatus. Die Fähigkeit und Bereitschaft zur Partizipation nimmt mit höherem Bildungsniveau zu (Knauer & Sturzenhecker, 2005, S. 74). Gaiser & de Rijke (2007, S. 43) betonen, dass «je höher das Bildungsniveau, desto stärker ist das Involviert-sein in Vereine, Verbände und Organisationen und damit in Gelegenheitsstrukturen, die gesellschaftliche Betätigung, Beteiligung an demokratischen Strukturen und sozialen Netzen sowie Interaktion, Kommunikation und soziales Lernen ermöglichen». Jugendliche, die Abschlüsse unterhalb eines Abiturs (oder Maturität in der Schweiz) ausweisen können, engagierten sich jedoch stärker in Gewerkschaften und im ländlichen Raum in «Heimatvereinen» wie Schützenverein, Trachtenverein, Freiwillige Feuerwehr (Gaiser & de Rijke, 2007, S. 42). Obwohl bei Personen ohne und mit Migrationshintergrund parallel zum Bildungsniveau soziale Differenzen ausgemacht werden können, können Bildungseffekte Migrationsdifferenzen reduzieren (Gaiser & de Rijke, 2007).

Armut

Gemäss dem Jugendsurvey hat der Erwerbsstatus einen Einfluss auf das Partizipationsverhalten von Jugendlichen in Verbänden: «Die Jugendlichen, die sich in Schule, Studium oder Ausbildung befinden sind am häufigsten in Vereinen aktiv (56 %), gefolgt von den Erwerbstätigen (50 %), deutlich weniger die Nicht-Erwerbstätigen (34 %) und die Arbeitslosen (31 %)» (Gaiser & de Rijke, 2007, S. 43). Der Status «Nicht-Erwerbstätig» oder «Arbeitslos» führt zu einer geringeren Beteiligung in Vereinen und Verbänden. Dies könne «für einige bedeuten, doppelt ausgeschlossen zu sein, von Bildung und Arbeitsplatzchancen wie von Eingebundensein in Vereinen» (Gaiser & de Rijke, 2007, S. 43).

Durch einen Einbezug von armutsbetroffenen Menschen können Selbstwirksamkeitserfahrungen und Problemverständnis gefördert werden, was zu einer inklusiveren Gesellschaft beiträgt (Chiapparini et al., 2020, S. VI). So wird oft das integrative Potenzial überschätzt oder es besteht eine einseitige Fokussierung auf ethnische Herkunft oder Migrationshintergrund, statt soziale und ökonomische Voraussetzungen zu schaffen, um sich selbst gewählt zu engagieren. Zudem reduziert niederschwellige Partizipation nicht a priori soziale Ungleichheit, sie reproduziert z.B. manchmal geschlechterbezogene Ungleichheit (siehe Abschnitt zum Gender).

Körperliche, psychische und kognitive Beeinträchtigungen

Als Teil der UNO-BRK ist die Schweiz verpflichtet, die Teilhabechancen von Menschen mit Behinderungen in allen gesellschaftlichen Bereichen zu fördern. In der Tat aber partizipieren Jugendliche mit Behinderungen weniger als Jugendliche ohne eine Form von Beeinträchtigung (Bedell et al., 2013). Es muss jedoch beachtet werden, dass unterschiedliche Beeinträchtigungsformen sich unterschiedlich stark auf die Möglichkeit der Partizipation auswirken können (Bult et al., 2011). Faktoren können u.a. der allgemeine gesundheitliche Zustand, körperliche Voraussetzungen, Alter, soziales Umfeld sein. Im Bereich körperlicher Beeinträchtigungen gibt es am meisten Hinweise in der Literatur, wie diese Partizipation beeinträchtigen, wenn dies auch nur am Rande erwähnt wird. Es gibt allerdings einen umfassenden Diskurs dazu im Bereich Behinderung und Inklusion, jedoch selten spezifisch mit Fokus auf beispielsweise politische Partizipation oder Beteiligung in Verbänden und Vereinen. Der Fokus wird eher auf niederschwellige Teilhabe an der Gesellschaft gelegt. Studien in diesem Bereich fokussieren somit häufig auf privatere Formen von Partizipation, die nicht per se Teilhabe in Entscheidungsprozessen beinhalten. Zu kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen gibt es praktisch keine Erkenntnisse in der Literatur im Bereich der Partizipation (Nef et al., 2022).

2.4 Partizipation von fremdplatzierten Kindern und Jugendlichen

Als eigenständiges Thema wird im Bericht die Partizipation von fremdplatzierten Kindern und Jugendlichen behandelt. In der stationären Kinder- und Jugendhilfe sowie im Pflegekindersystem gibt es zahlreiche Ansatzpunkte für Partizipation. Grundlage dafür bildet die Kinderrechtskonvention, nach welcher neben Schutz und Förderung Partizipation im gleichen Masse gewährleistet werden muss (Sünker & Swiderek, 2022). In allen drei Phasen der ausserfamiliären Unterbringung – Entscheidungsfindung, Entscheid- und Aufnahmephase, Betreuungsphase –, sollen Kinder und Jugendliche eingebunden sein (SODK & KOKES, 2020, S. 16), indem ihnen in einem transparenten Verfahren alle Informationen zur Verfügung gestellt und ihre Meinung angehört und berücksichtigt wird (Grasshoff, 2022). Partizipation ist grundlegend für eine erfolgreiche Unterbringung (SODK & KOKES, 2020, S. 19-31). In der Kinder- und Jugendhilfe gelangen dabei unterschiedliche Modelle zur Anwendung: Zentral ist, dass Partizipation als aktiver und dynamischer Prozess gestaltet wird. Es werden Vorstufen

3-5 (Information, Anhörung und Einbezug) sowie echte Partizipation mit den Stufen 6-8 (Mitbestimmung, Entscheidungskompetenz und -macht) unterschieden. Sobald Kinder und Jugendliche platziert sind, beginnt der Betreuungsprozess. Dieser endet erst mit dem formalen Ausstieg aus der gesetzlichen Kinder- und Jugendhilfe. Während des Betreuungsprozesses gibt es weitere zahlreiche Ansatzpunkte für Partizipation. Die meisten davon betreffen die Mitbestimmung im Alltag bis hin zur selbstbestimmten Gestaltung ihres eigenen Lebens (Burschel et al., 2022; Eberitzsch et al., 2021; Rohrbach et al., 2021; ten Brummelaar et al., 2018). Grundsätzlich können fremdplatzierte Kinder und Jugendliche auf dieselbe Weise wie Kinder und Jugendliche, die bei ihrer Herkunftsfamilie leben, an Partizipationsangeboten der Gemeinde und des Kantons teilnehmen. Die Teilnahme kann jedoch erschwert sein, beispielsweise durch Faktoren der gesellschaftlichen Stigmatisierung aufgrund der Platzierung oder der geografischen Entfernung zwischen sozialem Umfeld und Platzierungsinstitution.

Der Blick auf Partizipation in stationären Erziehungshilfen (Eberitzsch et al., 2022) betont im internationalen Fachdiskurs zunehmend die Frage, ob Rechte der Kinder auf Partizipation tatsächlich umgesetzt und wie sie erfahren werden. Der Wissensstand zur Umsetzung zeigt, dass Partizipation in einem Spannungsverhältnis zwischen Strukturlogiken, Schutzauftrag und Individualität in der Heimerziehung steht (Merchel 2020). Ein Literaturreview von mehr als 30 Forschungs- und Entwicklungsprojekten im deutsch- und englischsprachigen Kontext verdeutlicht, dass weniger institutionalisierte Entscheidungsfindungen (McCarthy 2016) im Interesse der Jugendlichen stehen als das Verstehen von Entscheidungsfindungen, die Motivation für Beteiligung und der Einbezug in Einzelfällen z.B. bei der Umsetzung eingebrachter Bedürfnisse. Besonders wichtig sind hier die Ausgestaltung des Alltags sowie das Verstehen des individuellen Verlaufs und die Akzeptanz der Platzierung (Eberitzsch et al. 2021, S. 212). In einem Projekt der ZHAW Soziale Arbeit wurden drei Institutionen mit vier Angeboten und Mädchen und Jungen zwischen 9 und 16 Jahren untersucht (Eberitzsch et al., 2022). Aus den insgesamt vier Gruppendiskussionen wurden zwölf zentrale Lebensbereiche für Partizipation genannt: z.B. Bett- und Zimmerzeit-, Medienzeitregeln, Raumgestaltung. Die Auswertung zeigte, dass Jugendliche im regulierten Heimalltag an unregulierten Rändern nach Einfluss suchten und dass die Suche nach Selbstwirksamkeit mit dem Durchbrechen von Regeln viel Raum einnimmt. Die Entwicklung einer Partizipationskultur ist hier zentral. Es bedeutet, dass sich Jugendliche konstant einbringen können und positive Erfahrungen der eigenen Handlungsfähigkeit entwickeln. An der anschliessenden Jugendkonferenz wurden mit bildbasierten Verfahren Bausteine sowie Reflexionsfragen für eine Aktionsbox erarbeitet.

Es muss jedoch betont werden, dass Partizipation im Platzierungs- und Betreuungsprozess nicht generell zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen gezählt werden kann. Eine Ausnahme bilden Vorhaben und Projekte, die gezielt auf Partizipation und somit auf die Veränderung von Strukturen der stationären und ambulanten Kinder- und Jugendhilfe abzielen, wie zum Beispiel Projekte von Careleaver:innen. Hier zeigen aktuelle Erkenntnisse, dass das Verstehen des individuellen Verlaufs der Fremdplatzierung, die Mitgestaltung von Regeln im Heimalltag sowie die Erfahrung von Handlungsfähigkeit und Selbstwirksamkeit zentral sind (vgl. Eberitzsch et al. 2022).

2.5 Digitalisierung und Partizipation

Anschliessend an die skizzierten Überlegungen eröffnet die Digitalisierung viele zusätzliche Möglichkeiten, Partizipation niederschwelliger zu gestalten. Generell muss jedoch konstatiert werden, dass digitale Partizipation nicht per se mehr Zielgruppen anspricht als die offline/analoge Partizipation, sondern dass das jeweilige Thema ausschlaggebend für Partizipation ist. Digitale Partizipation bringt beispielsweise Vorteile in Bezug auf das Zeit-

budget, das die Teilnahme an Anlässen einschränkt (Arbeitsweg, Freizeit etc.). Auf digitalem Weg werden unterschiedliche Prozesse des Nachvollziehens eröffnet. Der Vorteil einer Chatfunktion ist z.B., dass Teilnehmende Inputs geben können, ein Video kann bei Verständnisproblemen wiederholt werden oder bei sprachlichen Einschränkungen können Übersetzungs- und Erklärungsangebote genutzt werden. Eine hybride Anwendung von Partizipationstools kann ebenfalls mehr Gruppen erreichen. Gerlit (2020, S. 98) zeigte auf, dass analoge Massnahmen Barrieren der digitalen Partizipation abbauen und digitale Angebote Beteiligung bei analogen Partizipationsprozessen fördern können. Daher ist es wichtig, dass Massnahmen auf den Kontext angepasst sowie Zeitpunkt und Dauer der online-Partizipationsmöglichkeiten definiert werden (Thomi 2019, S. 10-11).

Digitale Partizipation kann hingegen zur Effizienz und Transparenz von Entscheidungsprozessen beitragen: Teilnehmende sehen Angebote, Teilschritte und Ergebnisse schneller und können schneller darauf reagieren (z.B. mit Meinungsumfragen). Die Transparenz kann somit von Beginn bis zum Ende eines Angebots oder Projekts mit digitalen Medien befördert werden. Dies wiederum ermöglicht mehr Ansatzpunkte für Kommunikationen und Interaktionen, bei welchen Teilnehmende wiederum von Drittpersonen auch unterstützt werden können (z.B. Übersetzungen). Diese Kommunikationen und Interaktionen sind weder vom physischen Raum noch von bestimmten Zeiten abhängig und können flexibler gestaltet und wahrgenommen werden.

In Bezug auf digitale Partizipation gibt es aber auch kritische Stimmen, die die Inklusion dieser Möglichkeiten der Partizipation anzweifeln bzw. relativieren. Dass eine «Ausweitung von Öffentlichkeit» (Thimm, 2018, S. 162) auf digitale Partizipationsangebote Zugangsbarrieren für alle Bürger:innen senken würde, konnte widerlegt werden (Rogge, 2021). Die Annahme war, dass alle Kinder und Jugendlichen im digitalen Zeitalter eine Affinität für mediales Handeln hätten, welches «motivationsfördernd und niederschwellig in (außer-)schulischen Beteiligungssettings angewandt werden und so demokratische Einstellungen, politisches Interesse und Aktivitäten fördern» könne (Rogge, 2021, S. 138). Vielmehr konnte gezeigt werden, «dass bereits bestehende soziale Disparitäten durch die Ergänzung bestehender politischer Institutionen um digitale Beteiligungsarrangements eher verstärkt denn nivelliert werden» (Rogge, 2021, S. 138). Kinder und Jugendliche aus Familien mit weniger privilegiertem sozioökonomischen Hintergrund konnten zu 40 % nicht die Kompetenzstufe erreichen, die notwendig wäre, um an der Informations- und Wissensgesellschaft teilzuhaben (Rogge, 2021, S. 145). Diese Aussagen reihen sich generell in die Erkenntnisse zum Digital Divide ein (Kutscher & Iske, 2020).

3. Interviews & Fokusgruppen

Im Rahmen des Moduls 2 wurden leitfadengestützte Interviews mit kantonalen und kommunalen Beauftragten für Kinder- und Jugendpolitik² in Bezug auf Projekte im Bereich Partizipation sowie Interviews mit weiteren Expert:innen und Initiant:innen ausgewählter Projekte/Organisationen durchgeführt. Einerseits konnten durch die Expert:inneninterviews zentrale Faktoren der Niederschwelligkeit, Zuständigkeitsbereiche und Aufgabenteilungen zwischen Kanton und Gemeinde sowie Veränderungspotenziale identifiziert werden. Andererseits konnten Good-Practice-Beispiele erfasst und zusammengetragen werden (Kapitel 4.4.). In einem zweiten Schritt wurden partizipative Fokusgruppendifkussionen mit Kindern und Jugendlichen in den drei Sprachregionen Deutschschweiz, Westschweiz und Tessin durchgeführt, um die Ergebnisse zur Niederschwelligkeit zu spiegeln/validieren. Die moderierten Gruppendiskussionen verfolgten das Ziel, die lebensweltlich orientierten Perspektiven von Kindern und Jugendlichen auf Partizipation sowie deren bevorzugte Inhalte, Formen, Prozesse und (digitale) Medien zu ermitteln.

3.1 Interviews mit Expert:innen

Es wurden 13 Interviews mit Expert:innen aus verschiedenen Kantonen (AG, BE, BS, FR, GR, JU, TI, UR, VS, ZH) sowie mit dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) geführt, wobei drei Interviews als Gruppeninterviews gestaltet waren (jeweils zwei Teilnehmer:innen pro Interview). Die Kantone und Organisationen wurden von der Begleitgruppe ausgewählt. Aus ressourcentechnischen Gründen war es nicht möglich, Interviews in allen Kantonen durchzuführen.

	Name	Kanton/Organisation	Funktion
1	Aschwanden, Ralph	Kanton Uri, Amt für Kultur und Sport, Ausserschulische Kinder und Jugendarbeit	Kinder und Jugendbeauftragter, ist ausserdem noch Kultur- und Sportbeauftragter
2	Bonnebault, Cédric & Nanchen, Christian	Kanton Wallis	Jugendbeauftragter und Chef du service de la jeunesse
3	Fricker, Isabel	Kanton Basel-Stadt	Beauftragte für Kinder-, Jugend- und Familienfragen
4	Galli, Marco & De Angeli, Guido	Kanton Tessin, Kantonale Abteilung für Familie, Kinder und Jugendliche (UFAG)	Leiter und Mitarbeiter
5	Haller, Alex	Stadt Bern, Familie & Quartier	Abteilungsleiter
6	Hatz, Beat	Kanton Graubünden, Sozialamt	Abteilungsleitung Familie, Kinder und Jugendliche
7	Lustenberger, Livia	okaj zürich – Kantonale Kinder- und Jugendförderung (Dachverband der Offenen, verbandlichen und kirchlichen Kinder- und Jugendarbeit im Kanton Zürich)	Geschäftsführerin
8	Pfulg, David & Spreiter, Flurina	Jugend.gr, Dachverband Kinder- und Jugendförderung Graubünden	Pfulg ist Geschäftsleiter, Spreiter ist Co-Projektleiterin «Kinder- und Jugendpartizipation»
9	Pernet, Pascal	Kanton Fribourg, Gemeinde Bulle	Chef du Service de la jeunesse
10	Ramos, Samantha	Kanton Jura und bernischer Jura	Kantonale bzw. regionale Jugendbeauftragte
11	Rotzler, Mirjam	Kinderbüro Basel	Leitung operatives Geschäft vom Kinderbüro
12	Differding, Ira	DSJ, Dachverband Schweizer Jugendparlamente	Bereichsleiterin «engage.ch»

² In den verschiedenen Kantonen werden unterschiedliche Begriffe verwendet. Diese Bezeichnung ist daher nicht abschliessend oder ausschliessend.

13	Walther-Müller, Peter	Kanton Aargau, Abteilung Sonder- schule und Werkstätte	Leitung
----	-----------------------	---	---------

3.1.1 Faktoren der Niederschwelligkeit

Aus den Expert:inneninterviews lassen sich folgende Faktoren für die Niederschwelligkeit von Partizipationsangeboten für Kinder und Jugendliche formulieren:

- Thematische Betroffenheit
- Verankerung in bestehenden (Regel)strukturen
- Regionalität/Lokalität/Erreichbarkeit
- Zeitdauer, Flexibilität der Teilnahme, Ergebnisoffenheit
- Erwachsene / Fachpersonen: Abgabe von Macht und Budgetkompetenz
- Transparente Ergebnisse, Nutzen, sichtbare Resultate
- Informationsfluss und Kommunikation
- Einsatz digitaler Medien – Hybrid als Grundsatz

Thematische Betroffenheit

Die behandelten Inhalte müssen die Kinder und Jugendlichen direkt betreffen. Die Expert:innen wiesen auf die Wichtigkeit der Motivation und der thematischen Betroffenheit der Jugendlichen hin sowie auf die Methodik, mit der man die Jugendlichen «packt». Als Beispiel wurden die «Fridays for Future»-Demonstrationen genannt, die mehr Jugendliche zusammenbringen und ansprechen als die top-down, formellen Gefässe der politischen Partizipation, auf die sich die Kantone oft konzentrieren. So sind im Bereich der politischen Partizipation das generelle Engagement sowie die Motivation, sich an Abstimmungen zu beteiligen, bei Themen höher, die die eigenen Interessen, die eigene Person oder das nähere Umfeld betreffen (z.B. in Bezug auf eigene oder erzählte Ungerechtigkeits Erfahrungen). Wenn im Alltag, in der Ausbildung oder am Arbeitsplatz der Kontakt mit Kultur, Politik etc. und die Auseinandersetzung mit entsprechenden Themen fehlt, wirkt dies der Motivation entgegen. Dabei haben die Fokusgruppendifkussionen mit Kindern und Jugendlichen im Rahmen der vorliegenden Studie gezeigt, dass die Themen auch regional unterschiedlich sein können. Als Beispiel kann hier das Thema Abschluss des Wolfes genannt werden, der die Jugendlichen in der Fokusgruppe der Sekundarschule Klosters stark beschäftigte.

Verankerung in bestehenden Regelstrukturen

Gemäss den Expert:innen ist es für ein möglichst niederschwelliges Partizipationsangebot am wichtigsten, dass das Angebot in den Alltag und die Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen eingebettet ist. Wenn möglich, sollten keine künstliche Partizipationsprozesse geschaffen werden, sondern Kinder und Jugendliche sollten dort partizipieren können, wo sie «*sowieso schon drin sind*». Wichtig ist, dass die Strukturen beständig sind, die Jugendlichen aber immer wechseln können. Hierbei sind insbesondere Schulen wichtig. Wenn Schulen ihren Schüler:innen bspw. für eine Versammlung für zwei Stunden freigeben könnten, ist das hilfreich. So können möglichst alle Kinder teilnehmen. Es ist auch wichtig, Lehrer:innen, Beratungsstellen und Fachpersonen der sozialpädagogischen Familienbegleitung, sowie die Kinder- und Jugendarbeit und die Schulsozialarbeit über die Projekte zu informieren, damit sie gezielt Kinder für partizipative Angebote motivieren können, die vielleicht sonst nicht erreicht würden.

Nach der obligatorischen Schulzeit können die unterschiedlichen Lebensläufe eine Schwierigkeit darstellen. Eine Person, die eine Lehre macht, kann sich tagsüber kaum einbringen, sondern eher abends oder am Wochenende, und Mittelschüler:innen und Student:innen haben spezielle Ferienzeiten. Das Zeitmanagement ist daher anspruchsvoll. Aus den Interviews ging weiterhin hervor, dass es wichtig ist, mehr Rücksicht auf Kinder mit Beeinträchtigungen zu nehmen. Sie werden oft auf das «Nebengleis» gestellt und in anderen Strukturen (Sonderschulen) untergebracht. Es muss mehr Inklusion angestrebt werden. Dies hat viel mit der Haltung der Fachpersonen und der Akzeptanz von Heterogenität zu tun sowie mit der Bereitschaft die Partizipationsinstrumente für die spezifische Zielgruppe anzupassen, was ebenfalls Mehraufwand bedeuten kann.

Regionalität/Lokalität/Erreichbarkeit

Es konnte in den Interviews mit den Expert:innen festgestellt werden, dass für eine erfolgreiche Umsetzung von Projekten diese möglichst regional verankert sein sollten. So berichtete beispielsweise der Dachverband Kinder- und Jugendförderung Graubünden (jugend.gr), dass viel über bereits etablierte Beziehungen zu Gemeinden ermöglicht werde. Man müsse die Mentalität der Gemeinden, aber auch der Kinder und Jugendlichen verstehen und für die Arbeit mit überregionalen bzw. internationalen Organisationen, wie z.B. UNICEF (Initiative Kinderfreundliche Gemeinde), brauche es eine vermittelnde Person, die im Kanton gut vernetzt ist. Teilweise stelle auch die Sprache ein Faktor dar (bspw. im Falle GR das Rätoromanisch): sie kann Nähe oder Differenz schaffen und sich positiv auf die Partizipation auswirken. Dachverbände und kantonale Stellen können Gemeinden miteinander vernetzen, die vor den gleichen Herausforderungen stehen (z.B. in Bezug zu Mobilität, Abwanderung, Fachkräftemangel). Das «Nah-Sein» war auch ein wichtiger Aspekt in den Fokusgruppendifkussionen mit Kindern und Jugendlichen.

Gemäss Aussagen der Expert:innen, ist es stark altersabhängig, wie sich Jugendliche räumlich orientieren und wie mobil sie sind. Schwierig ist hierbei, dass es für Kantone mit ländlicheren Gebieten typisch sei, dass Jugendliche früh ihren Wohnort verlassen, bspw. für die Ausbildung oder die Schule (da sich Mittelschulen oder Berufsschulen meist nicht in der eigenen Ortschaft befinden). *«Dies ist eine zusätzliche Hürde für niederschwellige Partizipation, weil sie in den Heimatdörfern, wo sie noch vielfach gemeldet sind, je nach Ausbildungssituation schwer erreichbar sind»* (Experte aus dem Kanton GR). Bei den Kindern ist insbesondere das Dorf die Heimat. Die kantonalen Angebote (Jugendparlamente, Jugendsession etc.) würden auch nur eine bestimmte Gruppe von Jugendlichen ansprechen (hoher Anteil an Mittelschulschüler:innen).

Zeitdauer, Flexibilität der Teilnahme, Ergebnisoffenheit

Wie bereits erwähnt, spielen die zeitlichen Ressourcen der Kinder und Jugendlichen eine zentrale Rolle. Die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche in verschiedene andere Bereiche (Schule, Kurse, Familie etc.) eingebunden sind, muss berücksichtigt werden. Projekte, die ein langfristiges Engagement der Jugendlichen erfordern, sind eher unrealistisch. Aus den Interviews mit den Expert:innen ging hervor, dass sich die Kinder gut für ein Jahr zur Teilnahme verpflichten würden. Die Jugendlichen würden viel schneller in ein Projekt «hineinspringen» und mitmachen, seien dann aber auch bald wieder weg. Mehrere Expert:innen haben betont, dass die Strukturen nicht zu starr sein dürften und Kommunikationswege gepflegt werden müssten, z.B. durch regelmäßige Erinnerungen. Wenn den Jugendlichen eine feste Aufgabe übertragen wird (z.B. ein Vorsitz oder ein Sitz im Vorstand), sind sie meistens zuverlässig, aber die Fachpersonen³ müssen auch damit umgehen können,

³ Damit werden auch jeweilige Projektleiter:innen oder auch Enabler:innen gemeint.

dass Jugendliche auch mal kurzfristig umplanen. Auch einmalige Angebote werden gerne genutzt, wenn man genau weiss, an welchem Wochenende es stattfindet.

Erwachsene / Fachpersonen: Abgabe von Macht und Budgetkompetenz

Die damit verbundene Unverbindlichkeit und Flexibilität sind für Fachpersonen gelegentlich schwer zu ertragen, so mehrere Expert:innen. Deshalb sind formelle Partizipationsgefässe für Fachpersonen interessanter (wie Jugendsessionen, Parlamente etc.), die aber nicht niederschwellig sind, weil man sich über einen längeren Zeitraum verpflichten muss. Einige Expert:innen betonen die Notwendigkeit eines Budgets, das die Jugendlichen selbst verwalten können. Niederschwellige Angebote scheitern oft an den Ansprüchen der Fachpersonen; man will viel, aber man sei nicht bereit, Macht abzugeben oder Geld für etwas bereitzustellen, von dem man nicht wisse, was am Ende dabei herauskommt. Von Seiten der Initiant:innen/Finanzierenden braucht es Ergebnisoffenheit. Ein Experte betonte, dass Unverbindlichkeit und Flexibilität für die Niederschwelligkeit förderlich sind, es aber bei Beteiligungsangeboten auch Verbindlichkeit braucht (z.B. Termintreue, Pünktlichkeit, Kontinuität, Prozessverständnis etc.).

Transparente Ergebnisse der Partizipation, sichtbare Resultate (keine Pseudopartizipation)

Die Expert:inneninterviews zeigen, dass es wichtig ist, dass Kinder und Jugendliche ein Ergebnis des Projekts sehen oder klar ein Ziel vor Augen haben. Es sollte ohne allzu lange Wartezeit nachvollziehbar sein, was durch die Partizipation entstanden ist. Das unterstütze die Förderung von Mündigkeit und Selbstwahrnehmung. Ein Experte aus der Stadt Bern hat dabei ein Beispiel gebracht: Vor dem Bahnhof in Bern gibt es eine sehr breite Strasse mit Fahrspuren für Autos, Busse und Velos. Kinder und Jugendliche waren der Meinung, dass die Grünphasen sehr kurz seien und wollten dies ändern. Sie wurden von der Verkehrsplanung eingeladen und haben mit ihnen zusammen Computeranimationen mit verschiedenen Ampelphasen erstellt, um zu sehen, wann sich Autos stauen und ob genug Zeit ist, um auch mit einem Kinderwagen die Strasse zu überqueren. Darauf aufbauend wurden die Phasen geändert. Es war ein enormes Erfolgserlebnis für die Kinder, dass sie hier einen wertvollen Beitrag leisten konnten.

Ein Erfolgskriterium ist daher auch, dass das Ergebnis der Partizipation unmittelbar sichtbar ist. Für Kinder und Jugendliche ist es zudem wertvoll, zu wissen, dass die Politik oder Verwaltung auch über Jahre hinweg «dranbleibe» und versuche, ihre Anliegen umzusetzen, z.B. wenn es um Baumassnahmen geht. Kinder und Jugendliche hätten einen langen Atem, wenn sie ernst genommen und angemessen beteiligt würden. Ansonsten ist aber eine kurze Bearbeitungszeit sinnvoll. Grundsätzlich müssten alle Prozesse transparent sein und Entscheidungen von Anfang an gemeinsam getroffen werden. Grössere Projekte sollten in mehrere Teilprojekte aufgeteilt werden. Dies trägt dazu bei, dass der Prozess überschaubarer wird und sich Projektmitarbeitende, Politiker:innen, Kinder und Jugendliche immer wieder über Erwartungen austauschen und absprechen können. Enttäuschungen könnten so vermieden werden. Gerade in kleinen Kantonen sind nicht nur bestehende Strukturen wichtig, sondern auch persönliche Erfolgserlebnisse (was habe ich erreicht).

Informationsfluss und Kommunikation

Für den Erfolg partizipativer Projekte ist es wichtig, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche von den Angeboten erfahren. Der Weg über das Schulsystem bietet eine Möglichkeit, viele zu erreichen (wobei die Freiwilligkeit jedoch gewährleistet werden muss), aber auch hier gibt es hemmende bzw. bremsende Faktoren wie Sekretariate oder Lehrkräfte, die Informationen nicht weitergeben. Auch Sonderschulen werden oft nicht berücksichtigt und bleiben aussen vor. Wenn möglich, sollten die Kinder und Jugendlichen direkt angesprochen oder angeschrieben werden. Eine Expertin erwähnte, dass beim Kinderbüro in Basel die Kinder Mitglied werden

können und die Informationen persönlich per Post nach Hause erhalten. Denn auch zu Hause findet eine gewisse Selektion der Informationen (üblicherweise durch die Eltern) statt. Wenn Kinder und Jugendliche direkt angesprochen werden, ist es wichtig, eine möglichst einfache Sprache zu verwenden und auch die Werbe- und Informationsmittel entsprechend anzupassen.

Einsatz digitaler Medien – hybrid als Grundsatz

Grundsätzlich ist es, wichtig, Kinder und Jugendliche in ihrer Lebenswelt abzuholen und sie über digitale, hybride oder auch analoge Kanäle zu erreichen. Digitale Medien ermöglichen eine einfache, anonyme und unverbindliche Möglichkeit der Information und Partizipation. Inwiefern der Einsatz von digitalen Medien die Partizipation niederschwelliger gestaltet, konnte nicht von allen Expert:innen eindeutig dargelegt werden. Die Studie von Nef et al. 2022 hat gezeigt, dass der digitale Austausch über politische Themen und die digitale politische Partizipation das entsprechende analoge Format nicht ersetzen, sondern nur ergänzen können. Bei der Kommunikation und Interaktion über digitale Medien würden bspw. die non-verbale Inputs in Diskussionen oder Zweiergesprächen fehlen. Ausserdem sei die Schaffung von Zugehörigkeit zu einer Gruppe und zu Räumen über digitale Wege schwieriger herzustellen. Eine Expertin des Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ) erklärte beispielsweise, dass alle Projekte des DSJ hybrid durchgeführt werden. Zunächst werden Ideen, Meinungen und Wünsche von Kindern und Jugendlichen über Online-Plattformen gesammelt. Dies führe zu mehr Niederschwelligkeit: Betroffene und Interessierte könnten sich so anonym und ohne weitere Verpflichtungen beteiligen und auch diejenigen mit einem vollen Terminkalender hätten mehr Teilhabemöglichkeiten. In einem zweiten Schritt können die Kinder und Jugendlichen dann immer noch entscheiden, ob sie sich an der Umsetzung und Realisierung beteiligen wollen. Es wurden Beispiele wie der Einsatz von Ambassador:innen genannt: Jugendliche gestalten digitale Inhalte für ein Projekt und bewerben es über ihre eigenen Kanäle. Auch von anderen Expert:innen wird der Peer-to-Peer-Ansatz sowohl für die Bewerbung von Vorhaben und Projekten als auch für die Durchführung dieser genannt. Expert:innen aus dem Kanton Tessin nennen als Beispiel ein mobiles Projekt in Form eines Busses, der in die verschiedenen Quartiere und Gemeinden fährt, von Jugendlichen mitbetreut wird und Projekte mit Kindern und Jugendlichen durchführt.

3.1.2 Kanton und Gemeinden: Zuständigkeiten und Aufgabenteilung

Aus den Expert:inneninterviews konnten unterschiedliche Aufgabenbereiche für Kantone und Gemeinden identifiziert werden, wie sie von den Expert:innen wahrgenommen werden. Dabei wurden im Zusammenhang mit kantonalen Strukturen folgende Aufgaben vorrangig genannt:

- Rahmenbedingungen setzen
- Finanzielle Unterstützung
- Know-how vermitteln, Weiterbildungen geben, mit Expertise unterstützen
- Vernetzung mit anderen Kantonen pflegen
- Vernetzungsanlässe für innerkantonale Gemeinden/Organisationen anbieten und organisieren
- Impulse für Partizipation geben/Partizipationskultur fördern

Vorrangig Aufgaben der Gemeinden:

- Umsetzung der Projekte gemäss eigenen Bedürfnissen (diese kennen die jeweiligen Beteiligten am besten und haben direkteren Zugang)
- Zusammenarbeit mit Schulen (grosse Breitenwirkung) und ausserschulischen Akteur:innen
- Kooperation mit weiteren Akteur:innen vor Ort (z.B. Offene Kinder- und Jugendarbeit)
- Weiterentwicklung bestehender Strukturen

Es muss angemerkt werden, dass die Situation von Kanton zu Kanton unterschiedlich ist und einige Kantone ebenfalls konkrete Projekte durchführen oder den Gemeinden Konzepte zur Partizipation anbieten. Je nach Kanton ist nicht immer rechtlich festgelegt, wer für die Kinder- und Jugendpartizipation zuständig ist. In solchen Fällen spielen die intrinsische Motivation einzelner Entscheidungsträger:innen eine zentrale Rolle. Ein Wechsel der Besetzung der kantonalen/kommunalen Stelle kann zu Änderungen des Fokus führen. Eine weitere Herausforderung ist, dass Partizipation eine Querschnittsaufgabe ist und für Kantone eine Herausforderung darstellen kann, weil das Thema organisatorisch nicht an einem Ort verortet werden kann.

Kleine und grosse Kantone (regionale und geografische Besonderheiten)

Wie mehrere Expert:innen betonte, findet Partizipation in den grossen Kantonen eher auf Gemeindeebene statt. In Kantonen mit einer homogenen Einwohnerschaft wie Appenzell oder Glarus sei dies anders, da dieser Kanton mit dem Jugendstimmrecht weiter ist. In Kantonen mit einer grossen Diversität sei das eher unrealistisch.

Als Beispiel kann hier Kanton Uri erwähnt werden: Da Uri ein relativ kleiner Kanton mit einer überschaubaren Einwohner:innenanzahl ist, ist er ziemlich nah an den Gemeinden. Im Gegensatz zu anderen Kantonen ist Uri sowohl operativ als auch strategisch tätig. Einerseits ist der Kanton national strategisch tätig im Sinne von Kinder- und Jugendpolitik (Organisieren eines Jugendparlaments), andererseits bringt der Kanton sich auch praktisch ein und helfe bspw. den Gemeinden dabei, Jugendtreffs aufzubauen und zu beraten. Letzteres ist insbesondere bei jenen Gemeinden gefragt, die geografisch abgelegener sind und einerseits weniger Kinder und Jugendliche und andererseits weniger finanzielle Mittel haben, da die Gemeinden sehr klein sind. In einigen Gemeinden funktionieren die Kinder- und Jugendarbeit «autonom», während die kleineren Gemeinden mehr (inhaltliche und finanzielle) Unterstützung vom Kanton benötigen: *«Da kann die Anschaffung eines Töggelikastens für einen Jugendtreff schon ein Problem darstellen»*, so der Experte aus dem Kanton Uri.

Nebst der Grösse des Kantons haben somit auch die geografischen und topografischen Voraussetzungen des Kantons Einfluss darauf, wie stark sich der Kanton in Partizipationsprozesse involviert. So ist es im Kanton Tessin unumgänglich, dass gerade die kleineren Berg-Gemeinden miteinander kooperieren und gemeinsam Projekte realisieren würden. Gemäss Beauftragten für Kinder-, Jugend- und Familienfragen des Kantons BS sei es in kleinen Kantonen einfacher, zwischen den Gemeinden vernetzt zu bleiben. Als Stadtkanton seien sie bzgl. der Anzahl Gemeinden (drei Gemeinden) eher ein kleiner Kanton. Dass der Kanton aktiv Partizipationsprozesse führt, geschehe auf der Grundlage der Verfassung von Basel-Stadt (Art. 55 betr. Einbezug der Bevölkerung). Als Stadtkanton fungiere die baselstädtische Verwaltung sowohl auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene für die Stadt Basel, so auch im Bereich der Kinder- und Jugendpartizipation.

3.1.3 Veränderungspotenziale

In diesem Unterkapitel werden die aus den Interviews mit den Expert:innen resultierenden Ideen und Ansätze für mehr Niederschwelligkeit partizipativer Angebote dargelegt. Es gliedert sich entlang der identifizierten Veränderungspotenziale.

Höhere Relevanz in der Verwaltung – Sensibilisierung der Behörden für die Themen

Innerhalb der Verwaltung und den diversen Ressorts sollte Kinder- und Jugendpartizipation mehr Bedeutung zukommen. Beispielsweise bietet das Kinderbüro in Basel auch Sensibilisierung und Weiterbildungen für die entsprechenden Angestellten, damit sie lernen, wie und an welchen Punkten sie Kinder und Jugendliche in Projekte und Vorhaben miteinbeziehen sollten. In Bezug auf den Stellenwert von Kinder- und Jugendpolitik auf Kantons- und Gemeindeebene betont ein Experte, dass eine «Das-machen-wir» Attitüde oftmals wichtiger sei

als ein detailliert ausgearbeitetes Konzept. Diese würde unterstützen, dass Anliegen von Kindern und Jugendlichen viel schneller aufgenommen und bearbeitet werden könnten – bevor die Betroffenen selbst keine Kinder und Jugendlichen mehr seien. Es wäre wichtig, dass es im Kanton eine Person gibt, die die Partizipation von Kindern und Jugendlichen generell fördert (z.B. der Kinder- und Jugendbeauftragte). Alle staatlichen Stellen (auch Raumplanung, Gesundheit usw.) müssen die Partizipation von Kindern und Jugendlichen organisieren, wenn das Thema sie direkt betrifft. Dies bedeutet, dass Partizipation übergreifend gedacht und systematisch in der gesamten kantonalen Verwaltung umgesetzt werden muss.

Stärkere Regionalisierung

Gemäss mehreren Expert:innen sollten Partizipationsangebote stärker regionalisiert werden. Eine regionale Verankerung ist gemäss den Expert:innen für eine erfolgreiche Umsetzung der Projekte zentral. So führte ein Experte hierzu aus, dass die Kantone meist weit weg seien für die Kinder und Jugendlichen: *«Sie versuchen zwar mit gewissen Angeboten ihnen näher zu kommen, aber Verwaltung ist für Kinder und Jugendliche etwas Abstraktes. Es braucht deshalb die sehr direkten Projekte [...]. Und es ist halt so, dass das Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen meist die Gemeinde oder Region ist, wo sie zuhause sind...»*. Die konkrete Umsetzung von niederschweligen Partizipationsangeboten, die möglichst an der Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen anknüpfen und von einer so heterogenen Gruppe wie möglich genutzt werden, erfolgt somit am ehesten auf kommunaler Ebene – wenngleich die Impulse der kantonalen Stellen durchaus wichtig sein können. Demnach könnten auch periphere Ortschaften verstärkt in den Blick genommen werden. Im vorherigen Unterkapitel konnte ausserdem gezeigt werden, dass Gemeinden einen direkteren Kontakt zur Zielgruppe herstellen können als der Kanton und besser wissen, was die spezifischen Bedürfnisse und Bedingungen sind.

Ressourcen

Dem Bereich Kinder- und Jugendpartizipation sollten mehr Ressourcen zugesprochen werden. Für Kantone mit weniger Ressourcen gibt es auch die Möglichkeit, entweder beispielhaft wenige Gemeinden in diesem Bereich zu fördern oder die Förderung innerhalb von Kooperationen zwischen mehreren Gemeinden zu realisieren. Damit seien schon gute Erfahrungen gemacht worden.

Die Expert:innen sind sich nicht immer einig, ob der teilweise geringe Ausbaugrad kinder- und jugendpolitischer Partizipationsangebote an fehlenden Ressourcen oder am Engagement und Interesse am Thema Partizipation liege. Kinder- und Jugendpartizipation gelte öfters als «nice-to-have» Aspekt. Eine Expertin führt diesen Gedanken weiter und konkretisiert, dass Partizipation mit einem Kulturwandel verbunden sei, der nicht von heute auf morgen stattfinden könne. Für diesen Wandel müssten Ressourcen und müsse Geld investieren werden.

Inklusion/Heterogenität

Laut den Expert:innen sei die Thematik der Diversität aktuell sehr wichtig (bspw. werden Beeinträchtigungen, Sonderbeschulung, Kinder und Jugendliche in Flüchtlingsunterkünften erwähnt). Es werden Beispiele genannt, in welchen Projekte spezifisch entlang von Differenzlinien konzipiert werden, zum Beispiel für Jugendliche in der Lehre, Jugendliche mit Beeinträchtigung oder solche, die spezifische Verbände und Organisationen angingen (Mädchenparlament, GR). In Bezug auf die Diversität und Erreichbarkeit ist immer zu beachten, dass sich beispielsweise Sonderschulen ausserhalb des Regelsystems befinden und spezifisch angefragt oder miteinbezogen werden müssen. Die zentrale Erkenntnis, die sich aus der Literaturanalyse, aber auch aus den Expert:inneninterviews ableiten lässt, ist, dass es in Bezug auf niederschwellige Partizipation keine *one-size-fits-it-all* Lösung gibt, sondern Angebote entlang von Differenzlinien entwickelt und gestaltet werden. So eine Expertin: *"Das Wichtigste ist sicher, dass man nicht alle Jugendlichen mit einem Angebot abholen kann"*.

Kommunale Ebene sensibilisieren und unterstützen

In Kapitel 3.1.2 konnte gezeigt werden, dass den Kantonen und Gemeinden unterschiedliche Aufgabenbereiche in Bezug auf die Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen zukommen. Neben der Schaffung von Rahmenbedingungen sowie der finanziellen Unterstützung der Gemeinden wurde mehrfach erwähnt, dass die kommunale Ebene auch inhaltlich unterstützt werden sollte. So ging aus den Interviews hervor, dass die «Kultur der Partizipation» insbesondere auf kommunaler Ebene noch stärker etabliert werden muss, und zwar nicht durch einzelne Personen, die sich stark für Partizipation engagieren, sondern auf struktureller Ebene mit nachhaltigen Angeboten.⁴ Damit wird erneut die Bedeutung der kommunalen Ebene für die Förderung niederschwelliger Partizipation unterstrichen.

Interkommunale und - kantonale Vernetzung

Die Expert:innen wurden u.a. gefragt, wie die Vernetzung zwischen den Kantonen wahrgenommen wird und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um die Schnittstellen der Zusammenarbeit zu optimieren. Mehrere haben betont, dass es wichtig sei, dass sowohl Gemeinden als auch Kantone vermehrt zusammenarbeiten und voneinander lernen. In der Kinder- und Jugendpartizipation gibt es bereits eine Vielzahl von Ideen, Projekten und Methoden und das redensartige «Rad» muss «nicht stets neu erfunden werden». Im Gegenteil, wenn gleiche oder ähnliche Methoden angewendet werden, wäre dies für alle Beteiligten von Vorteil, da es die Zusammenarbeit erleichtert.

Rechtliche Grundlagen

Die gesetzlichen Grundlagen sind von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Teilweise gäbe es Verfassungen und Verordnungen, welche die Partizipation von Kindern und Jugendlichen rechtlich verankern. So fand gemäss den Expert:innen aus dem Kanton Tessin im Oktober 2022 eine kantonale Gesetzesrevision und -weiterentwicklung statt. Bisher konnten Kinder- und Jugendräte ihre Ideen und Wünsche an den Kanton herantragen. Künftig ist der Kanton Tessin verpflichtet, bei allen Vorhaben, die Kinder und Jugendliche betreffen, diese Gremien nach ihrer Meinung und Einschätzung zu befragen. Partizipation ist somit ein Grundprinzip der Kinder- und Jugendpolitik im Kanton Tessin. Die Kinder- und Jugendräte haben somit auch eine beratende Funktion. Im neuen Gesetz ist weiterhin ein Artikel verankert, der finanzielle Unterstützung von Gemeinden durch den Kanton ermöglicht, die eine aktive Kinder- und Jugendpolitik fördern wollen.

UNICEF Label

Mehrere Expert:innen erwähnen das UNICEF Label der kinderfreundlichen Gemeinde. Einerseits sei daran oft erkennbar, welche Kantone und Gemeinden sich schon früh mit dem Thema der Kinder- und Jugendpartizipation auseinandersetzen. Ebenso Sorge das Label auch für einen gewissen Druck, dass Kinder- und Jugendpartizipation umgesetzt werde.

3.2 Fokusgruppendifkussionen mit Kindern und Jugendlichen

Es wurden fünf Fokusgruppen mit Kindern und Jugendlichen verschiedenen Alters in fünf verschiedenen Kantonen durchgeführt. Die Fokusgruppendifkussionen dauerten zwischen 30 und 60 Minuten und wurden mittels Tonaufnahme aufgezeichnet und mehrheitlich paraphrasierend transkribiert. Jede Fokusgruppendifkussion hat einen spezifischen Themenschwerpunkt:

⁴ Wobei eine „Kultur der Partizipation“ auch auf kantonaler Ebene zielführend erscheint.

- Am 21.12.2022: Sekundarschulklasse in Klosters (GR), ca. 14- bis 15-Jährige (10 Jugendliche).
Alle Schüler:innen haben am 28./29. Oktober 2022 an der Tagung «Zukunft Bergregion» anlässlich der 800-Jahr-Jubiläumsanlässe der Gemeinde teilgenommen.
Themenschwerpunkte: Niederschwelligkeit in Bezug zur Geografie (Urbanität vs. Peripherie), über Schule partizipieren «müssen».
- Am 10.02.2023: Jugendtreffs in Altdorf (UR), 12- bis 15-Jährige (13 Jugendliche).
Themenschwerpunkt: Migrationshintergrund, Diversität.
- Am 15.02.2023: Junger Rat Basel-Stadt, ca. 17- bis 22-Jährige (6 Jugendliche).
Themenschwerpunkt: institutionell-formelle, «hochschwellige» Formen der Partizipation, Medien.
- Am 19.04.2023: Schule in Mendrisio (TI), 7- bis 10-Jährige, (15 Primarschüler:innen).
Themenschwerpunkt: Junge Kinder, Schule, Diversität.
- Am 26.04.2023: Jugendtreff in Ardon (VS), 10- bis 13-Jährige (12 Jugendliche).
Themenschwerpunkt: Urbanität vs. Peripherie, Jugendtreff, Kommunikation.

Im Rahmen der Fokusgruppendifkussionen wurden Themenbereiche angesprochen, die Kinder und Jugendliche in ihrem Alltag beschäftigen. Im Folgenden werden die Ergebnisse zusammenfassend dargestellt.

Wie Kinder und Jugendliche Partizipation verstehen

Kinder und Jugendliche verstehen unter Partizipation in erster Linie Teilhabe im Sinne davon, dass sie Angebote und Projekte aktiv mitgestalten dürfen. Politische Partizipation ist nur denjenigen ein Begriff, die effektiv politische Inhalte diskutieren, beispielsweise innerhalb eines Jugendparlaments, wie es in der Fokusgruppe mit dem Jungen Rat Basel explizit thematisiert wurde.

Verständnis von Partizipation als Kontinuum

Die Aussagen der Kinder und Jugendlichen beschreiben Partizipation als ein breites Kontinuum, welches damit beginnt, dass sie an bestehenden Angeboten teilnehmen können – bis hin zur kompletten Selbstorganisation. Dabei steht vor allem die soziale Teilhabe im Zentrum, die ihnen sehr wichtig erscheint. So kommen sie beispielsweise in den Jugendtreff, um ihre Peers zu treffen oder um sich zu informieren, «was läuft». Orte, an welchen Angebote und Projekte stattfinden, sind gleichzeitig auch Anlaufstellen, bei welchen Kindern und Jugendliche ihre Ideen und Anliegen deponieren können. In vielen Beispielen wurde genannt, dass sie auch ihre eigenen Ideen umsetzen dürften, also ihre eigenen Projekte gestalten. Dabei sei ihnen wichtig, dass sie möglichst autonom bestimmen könnten, wie das Projekt ausgestaltet und durchgeführt werden solle. Schlussendlich stellt sich heraus, dass es für Kinder und Jugendliche zentral ist, dass sie über (soziale) Räume verfügen, in denen sie sich aufhalten und ausprobieren können. Kinder und Jugendliche im Jugendtreff äusserten, dass sie den Treff sehr wertschätzen, wohingegen diejenigen ohne einen solchen Treff ein starkes Bedürfnis danach benannten.

Ernst nehmen und fragen

Angesprochen auf politische Vertreter:innen, die Gemeinde oder den Kanton in Bezug auf die Umsetzung von Ideen und Durchführung von Projekten, fühlen sich Kinder und Jugendliche in der Tendenz durch die Fachpersonen oft nicht ernst genommen:

«Es ist nicht nur, dass wir einen Einblick bekommen wollen, was Erwachsene so machen. Dass wenn Petitionen eingereicht werden, die vielleicht Fehler beinhalten, diese nicht gleich abgestempelt werden als 'utopisch', sondern dass man sich überlegt, was dahintersteckt und was man als Alternative umsetzen könnte»

(Junger Rat BS).

Die Kinder und Jugendlichen sind der Meinung, dass sie gute Ideen hätten, die sie auch begründen können und deponieren dürften. Jedoch sähen sie gelegentlich schon an der Art der Rezeption durch die Fachpersonen, dass diese ihnen entweder nicht richtig zuhörten oder aber die Ideen und Anliegen zwar mitnehmen, danach aber nichts damit passiere (was sich negativ auf die Motivation für weitere Partizipation auswirkt). So wurde in den einen Fokusgruppensitzungen berichtet, dass sie zwar im Hinblick auf eine lokal organisierte Tagung zur Zukunft der Gemeinde in der Schule Zeit erhielten, um Inhalte und ihre Anliegen vorzubereiten (z.B. in Form von Postern, Filmen, Schüler:innenumfragen), diese jedoch bei der Tagung selbst wenig Beachtung erhielten:

«Wir haben uns eigentlich viel Mühe gegeben, aber es ist untergegangen und niemand hat mehr darüber gesprochen. Wir haben Plakate gestaltet und dann konnte man sie anschauen, aber es wurde nicht darüber diskutiert» (Sekundarschülerin). Oder: *«Wir haben einen Film hergestellt und dieser wurde gar nicht gezeigt. Eine riesige Arbeit für nichts eigentlich»* (Sekundarschüler).

Anschliessend daran äussern die Kinder und Jugendlichen, dass sie es sehr begrüessen, wenn sie nach ihren Ideen gefragt werden und diese auch explizit angehört werden. Werden die Jugendlichen direkt nach dem Kanton befragt, entgegnen sie etwa:

«Ich finde, dass für den Kanton, also nicht von den Jüngsten, aber für die Jugendlichen, für alle, vor allem die Jugendlichen sollten das Recht haben, sich auszudrücken» (Teilnehmer Jugendtreff)

«Habt ihr das Gefühl vom Kanton gehört zu werden?» (Animatorin)

«Nein, überhaupt nicht.» (Teilnehmer Jugendtreff)

Zeitfenster für Partizipation

In beiden Fokusgruppen, die in der Schule durchgeführt wurden, äusserten die Kinder und Jugendlichen den Wunsch, einen separaten Zeitrahmen für Partizipation zu haben. Sie sagten explizit, dass sie dies nicht in ihrer Freizeit leisten möchten, sondern dass es in der Schule dafür Platz geben sollte. Dabei sei es keine Lösung, dies an einzelne Delegierte zu übergeben, die dann in gewissen Fächern fehlten und den Stoff nachholen müssten. In ihrer Freizeit hätten sie andere Pläne und nach der Schule, wie beispielsweise in der Lehre, fehle dann erst recht die Zeit, sich noch zusätzlich zu engagieren.

Information zu Partizipation / Jugendliche erreichen

Die Kinder und Jugendlichen sind sich mehrheitlich einig, dass der beste Weg, über Partizipation zu informieren, der mündliche sei. Dies deckt sich mit allgemeinen Erkenntnissen zur Ansprache und Gewinnung von Freiwilligen (Steiner et al. 2022). Wenn sie über Angebote und Projekte von Personen in ihrem Umfeld – Peers, Geschwister, Jugendarbeiter:innen, Lehrpersonen usw. – informiert würden, sei das am gewinnbringendsten und effektivsten.

Am häufigsten wird die mündliche Informationsverbreitung als Kanal genannt, über den Jugendliche von Angeboten erfahren würden: z.B. durch die Schule (*«Jeder Mensch geht ja zur Schule»*), den Jugendtreff, Geschwister oder Kollegen. Dies erachten auch die Mitglieder des Jungen Rates Basel-Stadt als wichtigster Faktor, dass junge Leute an Anlässe kommen würden:

«Wir haben beispielsweise eine WhatsApp-Gruppe mit ca. 50 Personen und wenn wir dort einen Veranstaltungshinweis geben, kommen vielleicht zwei Personen. Wenn wir aber Personen direkt anschreiben oder sie im Gespräch ansprechen, dann kommen sie meistens. Die Massenkommunikation funktioniert nicht» (Mitglied junger Rat Basel-Stadt).

Eltern würden hierbei ebenfalls eine zentrale Rolle spielen:

«Wir arbeiten gerade an einer Wahlbroschüre für die Nationalratswahlen, die wir an alle Haushalte liefern wollen. Dann liegt das zuhause rum und vielleicht entstehen dann auch Gespräche mit den Eltern, die zur Teilnahme animieren. Viele kommen auch dann so zu uns».

Es sei wichtig, dass man junge Leute stärker analog abholen würde (z.B. mittels Plakate oder Kreide-Zeichnungen am Boden) da sie von Online-Medien regelrecht überflutet werden würden. In ländlicheren Gebieten könnten auch Plakate wirksam sein. Flyer seien jedoch ein No-Go:

«Nicht über einen Flyer. Wenn ich einen Flyer sehe, habe ich gerade keinen Bock. Zu viel Informationen und so» (Jugendtreff in Altdorf UR).

Für eher politische Angebote werden jedoch Broschüren als hilfreich erachtet. Beim Einsatz von sozialen Medien waren sich die Kinder und Jugendliche uneins. Einerseits laufe auf den sozialen Medien schon zu viel und andererseits seien sie schwer davon zu überzeugen, wenn nicht «in ihrer Sprache» kommuniziert würde. Nichtsdestotrotz seien digitale Kanäle wichtig, doch nicht zur Rekrutierung von neuen Mitgliedern:

«Es ist zwar wichtig, dass wir die Kanäle bespielen, da Personen, die sowieso gekommen wären, dann aufmerksam werden. Aber neue Personen, muss man anders erreichen» (Junger Rat BS).

Die meisten Kinder und Jugendliche sind sich auch einig, dass sie gerne in der Schule darüber informiert werden und dass damit auch die meisten erreicht würden. Wichtig scheint hier zu erwähnen, dass Angebote nicht selektiv kommuniziert werden sollten. Im Falle des Jugendtreffs Altdorf kannten nur wenige Jugendliche das Angebot des Jugendparlaments. Dies liege daran, dass «Lehrer eben nur auf einzelne Personen zugehen und sagen, dass sie mitmachen sollen». Auf die Frage hin, wie denn die Jugendlichen über das Angebot im Jugendtreff Bescheid wissen:

«Auf Instagram, da sieht man was läuft.» (Teilnehmerin Jugendtreff)

«Und dann gibt es auch Flyer, die rumliegen. Auch in der Schule.» (Teilnehmerin Jugendtreff)

«Meine grössere Schwester ist gekommen und hat mir davon erzählt.» (Teilnehmerin Jugendtreff)

Ausgestaltung des Angebotes

Für die Niederschwelligkeit eines Angebotes sei es wichtig, dass auch ohne Voranmeldung an einem Angebot teilgenommen werden könne. Dann würden mehr Personen effektiv auftauchen. Es könne nicht zu weit im Voraus eine verbindliche Zusage von Kindern und Jugendlichen für eine Teilnahme erwartet werden (Junger Rat BS). Ein Mitglied des Jungen Rates BS erklärte, welche Rolle den Kindern und Jugendlichen in der Politik zukommt und weshalb barrierefreie Partizipation wichtig sei:

«Ich würde mir wünschen, dass die jungen Menschen fest verankert wären und ihre Meinung angehört wird. Wir sind ja genauso Teil der Gesellschaft und sogar ein SEHR wichtiger Teil, weil es ist ja unsere Zukunft! Wir müssen am längsten mit den Konsequenzen leben. Wir sollten verankerte Rechte haben und nicht mehr auf Hindernisse stossen müssen. Wir sollten Projekte ohne Umwege durchführen können und ernst genommen werden.»

Wichtig sei auch, dass es auch Angebote gibt, wo Jugendliche einfach «chillen» können. Wie wichtig solche Räume sind, zeigt die partizipative Fokusgruppendifkussion mit den Jugendlichen des Jugendtreffs Altdorf. Hier können sie sich mit ihre Kolleg:innen treffen, Billiard oder das Videospiel «FIFA» spielen und hätten auch im Winter einen warmen Raum, um sich aufzuhalten. Ausserdem fungiere er als Ausgleich zu sportlichen Aktivitäten, z.B. wenn jemand verletzt sei. In einigen Fokusgruppendifkussionen wurde auch der Wunsch geäussert, eigenständig über eine Räumlichkeit zu verfügen und diese selbst nach den eigenen Bedürfnissen gestalten zu dürfen. Es sei jedoch wichtig, dass Jugendliche gefragt werden, wenn es um die Schaffung von neuen Angeboten ginge. So berichtet ein Jugendlicher in einer Fokusgruppendifkussion, dass in seiner Gemeinde ein sog.

Pumptrack für Mountainbiker:innen gebaut wurde, dieser aber zu weit weg war (es sei in einem «Loch hinten» gewesen). Er führt weiter aus:

«Es wäre schön, wenn sie sich etwas mehr bei den Jugendlichen informieren würden, was gut wäre oder so. Ansonsten werden Dinge gemacht, die dann niemand braucht. Sie sagen ja immer, wir seien die Zukunft, dann sollte man uns vielleicht auch einfach etwas ernst nehmen».

Ein Einbezug wird sich auch in Bezug auf den Neu- oder Umbau von Gebäuden gewünscht, die an Jugendliche gerichtet sind oder die sie regelmässig nutzen (z.B. Schulhaus).

4. Workshop mit der Konferenz für Kinder- und Jugendpolitik (KKJP)

Im dritten Modul des Forschungsprojekts wurde ein Workshop den kantonalen Kinder- und Jugendbeauftragten⁵ / Fachstellen im Rahmen der KKJP-Plattform Kinder- und Jugendförderung durchgeführt. Mit kollaborativ ausgerichteten Methoden reflektierten die Teilnehmenden in Kleingruppen Zwischenergebnisse aus den Expert:inneninterviews und Fokusgruppen und entwickelten sie im Sinne innovativer Prozesse und Gefässe zur Förderung niederschwelliger Partizipation kreativ weiter. Im Ergebnis entstanden sog. Pretotypen⁶ von Instrumenten, die veranschaulichen, wie die SODK und die Kantone lokale Akteur:innen in den Gemeinden bei Herausforderungen und der Schaffung niederschwelliger Zugänge zu bestehenden Strukturen unterstützen können..

4.1 Format und Methoden des Workshops

Der Workshop gliederte sich in drei Teile. Der erste Teil widmete sich der Reflexion und Analyse vorhandener Instrumente anhand der Zwischenergebnisse des Forschungsprojekts. Das Forschungsteam lud die Teilnehmenden dazu ein, sich in vier Kleingruppen mit bestehenden Herausforderungen oder identifizierten Gelingensbedingungen in der Form eines Problem-Lösungs-Baums auseinanderzusetzen (Abbildung 1). Hierbei handelt es sich um ein analytisches Verfahren, um ein identifiziertes Problem und/oder eine bereits bekannte Problemlösung (im Falle des Workshops z.B. einen durch die Forschung aufgedeckten Erfolgsgarant niederschwelliger Kinder- und Jugendpartizipation) hinsichtlich Ursachen/Einflussfaktoren und Folgen/Wirkungen möglichst systematisch darzustellen. Am Ende der Sequenz wählten die Kleingruppen jeweils einen Teilaspekt aus, mit dem sie sich intensiver befassen wollten.

Im zweiten Teil kam die Kreativtechnik Brainwriting zum Einsatz, welche das Ziel hat, in kurzer Zeit möglichst viele Lösungsideen zu entwickeln (Abbildung 1). Nach dem zweiten Teil verständigten sich die Gruppen darauf, welche Idee sie jeweils weiterverfolgen wollten. Dies war schliesslich Gegenstand des dritten Workshop-Teils, in dem die Gruppen anhand von Leitfragen ihre ausgewählten Ideen konkretisierten und einen ersten Pretotypen grafisch visualisieren sollten. Die Pretotypen wurden am Ende des Workshops diskutiert und von den anderen Gruppen kritisch gewürdigt.

4.2 Ideengenerierung im Workshop

In den vier Gruppen wurden jeweils einzelne Herausforderungen bzw. Probleme ausgewählt und bearbeitet:

1. Niederschwellige Partizipation von Kindern und Jugendlichen beim Entwurf eines Kinder- und Jugendhilfe-Gesetzes
2. Fehlendes Bewusstsein und fehlende Sensibilisierung für Kinder- und Jugendpartizipation seitens der Politik und Verwaltung (kantonale und kommunale Ebene)
3. Kantone bringen nicht alle Partizipationsanliegen auf die lokale Ebene
4. Mangelnde Bezüge zwischen den verschiedenen Strukturen, verantwortlichen Personen und betroffenen Kindern und Jugendlichen

⁵ Es gibt keinen einheitlichen Begriff für diese Stellen oder Delegierte, je nach Kanton werden unterschiedliche Bezeichnungen verwendet. Wir verwenden im Bericht den Begriff, der unter unserer Gruppe von Expert:innen am gängigsten war.

⁶ Der Begriff Pretotyp kombiniert die Ausdrücke «to pretend» (engl. = «so tun als ob») und «Prototyp», d.h. das möglichst funktionsfähige Testmodell einer (technischen) Innovation. Es handelt sich um eine ressourceneffizient erstellte Skizze eines Prototypens, um sicherzustellen, dass die richtige Idee umgesetzt wird, bevor sie richtig umgesetzt wird.



Abbildung 1: Beispiel für Problem-Lösungs-Baum (links) und Brainwriting-Ideensheets (rechts)

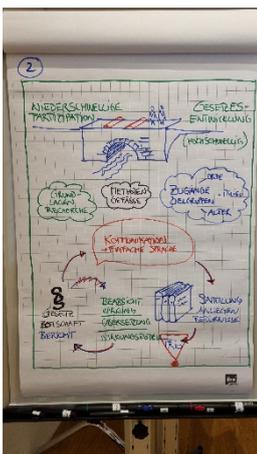
4.2.1 Prototyp 1: Sensibilisierungskampagne



Mit Kampagnenelementen wie Partizipationswochen und Good-Practice-Beispielen soll die Sensibilisierung für die Wichtigkeit von Kinder- und Jugendpartizipation gefördert werden. Die kantonale Fachstelle ist in der Verantwortung für die Koordination dieser Vorhaben. Die Vision wäre, dass daraus mittelfristig gesetzliche Grundlagen für Partizipation auf kommunaler Ebene entstehen.

Diese Kampagne zielt vor allem auf die erwachsenen Politiker:innen und Verantwortlichen in der Verwaltung auf kantonaler und kommunaler Ebene ab. Die Rückmeldungen regten an, das Vorhaben mit einer nationalen Kampagne zu Kinderrechten zu begleiten. Dabei sei zu bedenken, dass Sensibilisierung eine Daueraufgabe sei, somit bräuchte es eine solche Kampagne dauerhaft.

4.2.2 Prototyp 2: Einfache Sprache in der Kommunikation rund um Partizipation



Am Beispiel der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Entwicklung eines Kinder- und Jugendhilfegesetzes wird klar, dass es sich dabei um ein eher hochschwelliges Unterfangen handelt. Sollen Kinder und Jugendliche sich daran auch niederschwellig beteiligen können, braucht es eine einfache Sprache. Dies beginnt schon bei der Sammlung der Anliegen der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen und sollte sich bestenfalls durch den gesamten Partizipationsprozess hindurchziehen. Ziel ist es, eine barrierefreie und einfache Sprache in das Politik- und Verwaltungshandeln einzuführen.

Rückmeldungen zu dieser Idee enthielten beispielsweise Hinweise darauf, dass auch ein allfälliges Gesetz in kinder- und jugendfreundlicher Sprache verfasst werden müsste.

Ebenso wurde angemerkt, dass sich die Herausforderung stellt, eine ausgeglichene (und somit heterogene) Auswahl an Kindern und Jugendlichen zu erreichen, die sich daran beteiligen würden.

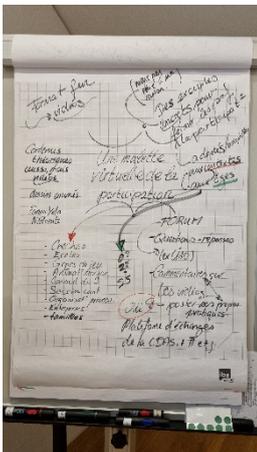
4.2.3 Prototyp 3: Forum für Partizipation



Diese Idee beschäftigt sich mit der Kreation und Implementierung von Foren auf kantonaler und/oder kommunaler Ebene. An diesen Foren sind sowohl die lokalen Akteur:innen (Jugendarbeit, Schule, etc.) beteiligt, als auch der Kanton selbst, vertreten durch die Fachstelle. Diese Gefässe sollen Partizipation als Prinzip befördern.

Die Rückmeldungen zu dieser Idee forderten den direkten Einbezug von Kindern und Jugendlichen in diese Foren. Ebenso wurde angemerkt, dass «Partizipation» als Output dieser Foren sehr ungenau sei. Somit müsste ein genaueres Ziel definiert werden.

4.2.4 Prototyp 4: Virtueller Partizipationskoffer



Es soll eine Sammlung von Partizipationsmethoden, -beispielen und -anleitungen erarbeitet werden. Der Koffer soll die Umsetzung von niederschweligen Partizipationsansätzen erleichtern und fertige, massgeschneiderte Methoden bieten, die einfach angewandt werden können. Es sei wichtig, dass die Inhalte in einem spielerischen und lustvollen Format vorliegen, vor allem auch in Videoformaten. Der Koffer müsste für verschiedene Altersgruppen geeignet bzw. nach spezifischen Zielgruppen unterteilt sein.

In den Feedbacks wurde angemerkt, dass es schon einige solcher «Methodenkoffer» oder Elemente davon gebe, die berücksichtigt werden sollten (z.B. die Sammlung von Partizipationsmethoden für Kinder und Jugendliche der Kantons- und Stadtentwicklung Basel-Stadt⁷). Weiter sei es wichtig, die lokale Identifikation mitzudenken – es müsse

auf den lokalen Kontext adaptierbar sein.

4.3 Erkenntnisse aus dem Workshop

Über den Workshop hinweg haben sich diverse Themen als zentral für den Grossteil der Beteiligten herausgestellt. Einige davon sind in den vorgestellten Ideen ersichtlich, andere gilt es eigens zu erwähnen.

Die Erkenntnisse zur vorhandenen und mit einzubeziehender Heterogenität in die Überlegungen zu Kinder- und Jugendpartizipation wurden von allen Teilnehmenden als äusserst positiv aufgenommen und deren Wichtigkeit wurde betont. Auch wenn dies teilweise nicht in den einzelnen Ideen vollständig ersichtlich ist, war es in den Diskussionen ein Thema und wird in den Handlungsempfehlungen ebenfalls aufgegriffen.

Ein kontrovers diskutiertes Thema war dasjenige der Partizipation in der Schule versus im ausserschulischen Bereich (z.B. in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit). Es herrschte Konsens darüber, dass Partizipation in beiden Bereichen zu fördern sei und das eine Feld das andere nicht kompensieren könne.

Es wurde deutlich artikuliert, dass Kinder- und Jugendpartizipation ein Thema auf allen politischen Ebenen sein muss und die verschiedenen Akteur:innen nur gemeinsam erfolgreich sein können. Den Kantonen komme eine insbesondere koordinierende und vernetzende Verantwortung dabei zu, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass in den Gemeinden konkrete Förderaktivitäten stattfinden.

⁷ <https://www.entwicklung.bs.ch/dam/jcr:db02c04a-06ea-4f3f-a037-f1cbe775b8f2/Partizipationsmethoden2021.pdf>

5. Ergebnisdiskussion

Die kombinierten Erkenntnisse aus den Expert:inneninterviews, den Fokusgruppen und dem Workshop zeigen in der Analyse Parallelen zur schon bestehenden Literatur, Empirie und Theorie zu Partizipation, weisen aber auch den Weg zu neuen Ansätzen niederschwelliger Partizipationsförderung.

5.1 Sozialräumliche und lebensweltliche Orientierung von Partizipations-Angeboten

Wenn Partizipationsprojekte und -angebote regional / lokal verankert sind, sind sie niederschwelliger.

Für die praktische Umsetzung von Partizipation bedeutet dies, dass diese vor allem auf der kommunalen Ebene stattfinden sollten. Der Kanton agiert dabei in einer Förderungsrolle: setzt die Rahmenbedingungen, bietet ggf. lokal umsetzbare Konzepte und finanzielle Unterstützung an.

Beispiel aus der Praxis

Kindersession Horgen

Das Kinderbüro in Horgen hat mit ca. 15 Kindern eine Kindersession entworfen, geplant und durchgeführt. Ideen daraus wurden grösstenteils umgesetzt und die Kindersession wurde zu einem regelmässigen Anlass der lokalen Politik. Die Rekrutierung der Kinder geschah in Zusammenarbeit mit den Schulen, so dass aus allen fünf Schuleinheiten Kinder in der Session mitmachten. Dieses Beispiel zeigt, dass Kindersessionen meist sinnvollerweise auf kommunaler Ebene initiiert und durchgeführt werden sollten und nicht notwendigerweise auf kantonaler Ebene. Quelle: <https://www.unicef.ch/de/unsere-arbeit/schweiz-liechtenstein/kinderfreundliche-lebensraeume/fallbeispiele>

Je grösser der Kanton, desto eher sollte Partizipation auf Gemeindeebene stattfinden bzw. umgesetzt werden. Auch die geografischen und topografischen Charakteristika eines Kantons beeinflussen, auf welcher Ebene Partizipationsprojekte und -angebote sinnvollerweise umgesetzt werden sollten (je weitläufiger, ländlicher und abgeschotteter die Ortschaften, desto mehr sind diese auf eigene Partizipationsangebote angewiesen). In den Expert:inneninterviews hat sich gezeigt, dass sehr periphere, «abgeschnittene» Gemeinden ggf. ein höheres Bedürfnis an Unterstützung durch den Kanton haben (finanziell, aber auch in Form von Wissen/Sensibilisierung/Ideen).

Es zeigt sich, dass Partizipationsprojekte und -angebote auf der kantonalen Ebene hochschwelliger sind. Gerade für Kinder und Jugendliche, die bis anhin noch keine Berührungspunkte mit politischer Partizipation hatten, sind solche Projekte wenig attraktiv und bieten kaum Möglichkeiten, sich zu engagieren.

Diese Erkenntnis deckt sich mit den in Kapitel 2.3 genannten Prinzipien der Niederschwelligkeit aus der Literatur. Sollen Kinder und Jugendliche an Projekten und Angeboten partizipieren, dann müssen diese an ihre Lebenswelt anknüpfen. Konkret heisst dies, dass sie mit Orten und Themen aus den für sie bedeutenden Sozialräumen zusammenhängen müssen. Daher liegt es auch nahe, dass solche Projekte und Angebote wenn möglich von den Gemeinden oder von anderen lokalen Akteur:innen initiiert, durchgeführt und unterstützt werden sollten. Die Kantone könnten in diesem Sinne ihrerseits Impulse setzen und die Gemeinden zu Partizipationsfördermassnahmen animieren, wenn diese nicht selbst tätig werden.

Beispiel aus der Praxis

The Social truck

In einem Kleinbus befindet sich ein Laboratorium zu Natur, Technologie und Kunst. Dieser Bus fährt durch Gemeinden und Quartiere im Tessin und ist eine mobile soziokulturelle Anlaufstelle, die partizipative Projekte

mit Kindern und Jugendlichen ermöglicht und fördert. Auf diese Weise gelangt das soziokulturelle und partizipative Angebot direkt in die Lebenswelt der Kinder und Jugendlichen, auch wenn Gemeinden oder Quartiere eher abgelegen sind. (www.thesocialtruck.ch)

Ebenso sind die in Kapitel 2.4 genannten Differenzlinien zu berücksichtigen, welche die Lebenswelten und Sozialräume von Kindern und Jugendlichen grundlegend prägen. **Je jünger die Kinder und Jugendlichen sind, desto stärker muss der Zugang zum Thema Partizipation über lebensweltliche Themen und vor allem über eine der Lebenswelt angepassten Sprache erfolgen.** Daher ist es wichtig, je nach Umständen spezifische Projekte und Angebote für spezifische Zielgruppen zu entwickeln bzw. zuzulassen, dass sie sich entwickeln. Diese Zielgruppen können sich sowohl entlang der Altersgruppen, aber auch entlang der Schulgrade, Szenen und ihren Peer-Groups, Online-Communities, Kinder und Jugendlichen in Institutionen oder Sonderschulen, bestimmten Quartieren usw. unterscheiden. Die genannten Erkenntnisse bestärken die in Kapitel 2.4 gemachte Aussage, dass Partizipationsprojekte und -angebote nicht als *one-size-fits-it-all* gedacht und konzipiert werden dürfen.

Hatten Jugendliche in der Vergangenheit schon Berührungspunkte entweder mit Politik und/oder Partizipation, ist die Chance höher, dass sie erfolgreich einen Zugang zu strukturierteren Partizipationsangeboten und -projekten finden. Solche Partizipationsangebote und -projekte verfügen über höhere Barrieren, die den Zugang erschweren, und können daher mit dem Begriff hochschwellig beschrieben werden. Typische Beispiele sind Jugendparlamente oder Jungparteien. Anknüpfend an die Aussagen aus der Literatur, dass niederschwellige Partizipationserfahrungen zu hochschwelliger Partizipation befähigen, sind konkrete, praktische Partizipationsprojekte in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

5.2 «Echte» Partizipation

Aus der Theorie ist bekannt, dass Partizipation mehrstufig erfolgt und auf den unteren Stufen eher als Schein-Teilnahme und -Teilhabe verstanden werden kann. Sowohl die Expert:innen wie auch die Kinder und Jugendlichen selbst berichten wiederholt, dass sie sich nicht gehört und/oder nicht ernst genommen fühlen. Dem entgegenzuwirken und gleichzeitig auch echte Partizipation zu betreiben, hängt unter anderem von folgenden Faktoren ab:

Partizipationsförderung sollte in Verwaltung und Politik mehr Relevanz erhalten: Das bedeutet in erster Linie Sensibilisierungsarbeit, die auf die generelle Haltung von Behörden und Politiker:innen abzielt. Partizipation darf nicht «nice-to-have» sein, sondern sollte unmittelbarer Bestandteil von Prozessen und somit Strukturen sein. Damit diese aber erst eine Veränderung erfahren – und anschliessend in der Praxis umgesetzt werden – ist es notwendig, dass sich das Denken und grundlegende Werte ändern. Genau an diesem Punkt können die Kantone ansetzen und sowohl als «Vorreiter» vorgehen, als auch Anreize für entsprechende Strukturen schaffen. Denkbar wäre etwa, dass auch in kinder- und jugendrelevanten Planungsverfahren anderer Politik-/Verwaltungsressorts, an denen Kantone und Gemeinden beteiligt sind, die Kantone den Gemeinden mit ausgebauten Partizipationsmöglichkeiten in besonderer Weise Unterstützung zukommen lassen. Vorteilhaft sind ausserdem Organisationen, die bereits vorbildliche Sensibilisierungsarbeit leisten (Kinderbüro, BS; engage.ch, DSJ) und von den Kantonen um Unterstützung angefragt werden können. Hierbei handelt es sich um gezielte Investitionen in die Bewusstseinsbildung auf Seiten von Behörden und Politiker:innen zu Gunsten von Kindern und Jugendlichen.

Damit echte Partizipation stattfindet, braucht es allem voran Transparenz: Dies zeigen die Literatur und die erhobenen Daten. Beispielsweise sind Kinder und Jugendliche sehr gut fähig, Bauvorhaben zu verstehen und zu begreifen, dass diese länger dauern. Sie müssen jedoch adäquat abgeholt werden. Das bedeutet erstens, dass sie früh genug den Zugang zu genügend Informationen haben und diese in einer kinder- und jugendfreundlichen Weise in ihre Lebenswelten getragen werden. Informieren sich Behörden und Politiker:innen gegenseitig per E-Mail, muss in Bezug auf Kinder und Jugendliche umgedacht werden und müssen auch andere digitale Medien, wie z.B. Whatsapp oder Telegram, genutzt werden.

Es darf keine Partizipation ohne Outcome stattfinden: Es sollten keine Austauschangebote und Bedürfnisanalysen geschaffen werden, ohne zuvor ein Budget für eine allfällige, effektive Umsetzung einzuplanen. Denn dies entspräche abermals pseudopartizipatorischen Ansätzen und führt eher zu negativen Erfahrungen von Beteiligung. Die Umsetzung ist frühzeitig unter Einbezug politischer Entscheidungsträger:innen über Ressorts hinaus zu planen. Entscheidend ist hier eine kinder- und jugendgerechte Kommunikation über die politischen Rahmenbedingungen sowie die Machbarkeit von Projekten z.B. bei Planungsprozessen, die in der Regel erst nach Jahren umsetzbar sind.

In der konkreten Umsetzung von Partizipationsprojekten und -angeboten ist es hilfreich, diese in kleinere Teilprojekte einzuteilen, in welchen sich die Kinder und Jugendlichen immer wieder erneut einbringen können und auch einen effektiven Outcome sehen. So machen sie vermehrt erfolgreiche und komplette Partizipationserfahrungen auf verschiedenen Ebenen, die sie ganz grundsätzlich wieder zur Teilnahme und -habe befähigen. Somit sollte stets mit hoher Fluktuation gerechnet werden: Kinder und Jugendliche sollten bei Angeboten und Projekten stets flexibel ein- und austreten können.

5.3 Neue Strukturen und Prozesse

Nachhaltige Kinder- und Jugendpartizipation bedingt neue Regelstrukturen und bürokratische Prozesse sowie auch entsprechende Infrastrukturen. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass es bspw. mehr Kooperation zwischen den Ressorts bräuchte und einzelne Prozesse einfacher und schneller durchzuführen wären. Diese Prozesse müssten so gestaltet sein, dass Kinder und Jugendliche von Beginn an darin einbezogen und auch nicht direkt kinder- und jugendbezogene Entscheide vorgängig im Hinblick auf ihre Folgen für Kinder und Jugendliche geprüft werden.

Die Verankerung von Kinder- und Jugendpartizipation in schulischen Regelstrukturen einschliesslich Sonderschulen werden von Expert:innen wie auch Kindern und Jugendlichen als wichtiger Faktor der Niederschwelligkeit genannt. So könne der grösste Teil der Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass Jugendlichen auch nach ihrem Schulabschluss noch effektive Partizipationsmöglichkeiten offenstehen sollten. Dies sei vielfach schwierig, da sie dann typischerweise sehr mobil und auf eine hohe Flexibilität des Angebotes und grössere Unverbindlichkeit angewiesen sind. Daher muss eine solche Einbindung auch für weiterfolgende, strukturierende Angebote gedacht werden.

Beispiel aus der Praxis

Jugendpolittag

Eine Möglichkeit für ein regelmässiges Partizipationsangebot unabhängig von der schulischen Regelstruktur bietet der Jugendpolitiktag. Dieser wird im Kanton Solothurn erfolgreich seit über 10 Jahren durchgeführt und ist ein Projekt, welches von engage.ch betreut wird. Kinder und Jugendliche können über die Schule dafür motiviert werden; denkbar wäre sogar, dass sie anstelle eines Schultages am Jugendpolititag teilnehmen könnten. (www.engage.ch/jugendpolititag)

Wenn es heisst, dass Kinder und Jugendliche so früh wie möglich in Projekte und Angebote miteinbezogen werden sollten, darf dies nicht ausschliesslich aus der Perspektive bestehender Prozesse und Strukturen gedacht werden. Dies hätte zur Folge, dass sie erst dann partizipieren dürfen, wenn grundlegende Entscheidungen schon gefallen sind. Gerade die Jugendlichen haben in den Fokusgruppendifkussionen z.B. dafür plädiert, dass sie schon von Beginn an in Konzipierungen und Entwicklungen miteinbezogen werden sollten.

Teilkonzepte und in Teilprojekte aufgeteilte Prozesse fördern die Teilnahme von Kindern und Jugendlichen: Der Konzipierungsprozess (auch öfters auf Kantoneben) dauert für die schnelllebige Realität von Kindern und Jugendlichen oft viel zu lange. Mit kürzeren Teilkonzepten und dem Einbezug zu Beginn könnte echte Kinder- und Jugendpartizipation realistisch umgesetzt werden. Dies setzt eine gewisse Ergebnisoffenheit voraus, wie schon in Kapitel 3.1.3 zur Niederschwelligkeit erwähnt.

Damit Kinder- und Jugendpartizipation stattfinden und sich entfalten kann, braucht es entsprechende (Sozial-) Räume und Gefässe. Diese könnten von Kantonen und Gemeinden aktiv geschaffen und gefördert werden. Das klassische Angebot der Offenen Kinder- und Jugendtreffs bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für das Thema; das zeigte sich sowohl in der Fokusgruppe in Uri, wo die Kinder und Jugendlichen über einen solchen Raum verfügen, als auch im Wunsch der Jugendlichen in Graubünden, einen solchen Raum zu haben – in Anbetracht dessen, dass es nichts Vergleichbares im Ort gibt. Solche Räume sind zentral für intrinsisch motivierte Projekte der Kinder und Jugendlichen.

Vielfach hängen Partizipationsprojekte und -angebote stark von einzelnen Individuen wie z.B. lokalen Politiker:innen oder anderen Behördenmitgliedern ab, oder aber von der Frage, ob es institutionalisierte Kinder- und Jugendbeauftragte gibt. Kinder- und Jugendpartizipation ist demzufolge ein hochgradiges «Personengeschäft». Dies ist nicht nachhaltig, denn sobald diese Stellen durch neue Personen besetzt werden, sei es gemäss einigen Expert:innen nicht mehr garantiert, dass geschaffene Möglichkeiten der Teilhabe weiter bestehen würden. Dies spricht dafür, dass Kinder- und Jugendpartizipation in den kantonalen und kommunalen Strukturen besser (institutionell) zu verankern ist – etwa durch ein Rede- und Beratungsrecht in bestimmten Gremien, wie das z.B. in einigen Städten in Deutschland bereits der Fall ist (Solingen als Modellkommune).⁸

5.4. Spannungsfeld Schule

In den Expert:inneninterviews wurde die zentrale Rolle der Schule stets betont. Als zentrale Gründe wurden insbesondere die grosse Breitenwirkung und der direkte Zugang genannt («man erreicht alle»). Auch die Fokusgruppendifkussionen haben gezeigt, dass sich Kinder und Jugendliche wünschen, dass sie in den Regelstrukturen Möglichkeit zur Partizipation haben, da die Freizeit durch andere Aktivitäten (Sport, Vereine, Jugendtreff, Hausaufgaben etc.) stark begrenzt sei.

⁸ Rede- und Beratungsrecht für den Jugendstadtrat in Ausschüssen, Bezirksvertretungen und Beiräten, Stadt Solingen. https://ratsportal.solingen.de/sdnetrim/UGhV/M0hpd2NXNFdFcExjZRSB7dRqXoo4Cyd47LxybYfYqTf8zWYVVolgkvQfqcUd4/Mitteilungsvorlage_2821-2022.pdf

Im Workshop wurde jedoch eine mögliche Überbetonung der Schule hinterfragt. Es gäbe zahlreiche Organisationen, die in der Freizeit der Kinder und Jugendlichen tätig und genauso wichtig in Bezug auf Partizipationsförderung seien. Daher sollten stets alle Akteur:innen gemeinsam betrachtet und einbezogen werden; auf diesem Weg würde die grösstmögliche Anzahl an Kindern und Jugendlichen erreicht. Ausserdem stellt sich bei einer zu starken Fokussierung auf die Schule die Frage, wie Jugendliche nach der obligatorischen Schulzeit erreicht werden können.

5.5. Synthese: Aufgaben der Kantone

Nachfolgend werden die vorrangigen Aufgaben des Kantons gemäss den Erkenntnissen aus allen Erhebungsmodulen der Studie dargelegt:

Die Expert:inneninterviews haben gezeigt, dass dem Kanton und den Gemeinden im Allgemeinen unterschiedliche Aufgaben zukommen. Während dem Kanton eher übergeordnete Aufgaben zukommen (wie bspw. Rahmenbedingungen setzen, finanzielle Unterstützung, Know-how vermitteln, Weiterbildungen geben, mit Expertise unterstützen, Vernetzung mit anderen Kantonen pflegen und innerkantonale Vernetzungsanlässe planen) wird den Gemeinden die Verantwortung für die konkrete Umsetzung der Projekte und die Kooperation mit lokalen Akteur:innen (z.B. Schule, Offene Kinder- und Jugendarbeit) zugesprochen, da sie direkter mit Kinder und Jugendlichen in Kontakt treten können. Es wird hierbei jedoch teilweise differenziert: Je nach Grösse, Geografie und Topografie sollten Kantone sich auch stärker in die Konzeption und Umsetzung von Partizipationsangeboten einbringen. Ausserdem sei nicht immer rechtlich festgelegt, wer für die Kinder- und Jugendpartizipation zuständig ist. In solchen Fällen spiele die intrinsische Motivation einzelner Entscheidungsträger:innen eine zentrale Rolle.

Die Fokusgruppen haben gezeigt, dass die Gemeinde stärker als Lebensraum wahrgenommen wird als der Kanton. Hier möchten Kinder und Jugendliche Einfluss nehmen und mitgestalten können. Dies überschneidet sich mit den Aussagen von Expert:innen (z.B. dass der Kanton als etwas Abstraktes wahrgenommen wird). Von den Kindern und Jugendlichen (insbesondere jenen in ländlicheren Gebieten) wurde des Öfteren angesprochen, dass ÖV-Verbindungen zu unregelmässig und nachts zu wenig spät fahren, sowie, dass sie sich mehr Läden oder Imbisse wünschen würden. Insbesondere beim Aspekt des ÖV-Ausbaus könnte der Kanton einen nennbaren Einfluss haben und zu einer stärkeren Lebensweltorientierung beitragen. Den Kindern und Jugendlichen war es auch wichtig, dass sie ernst genommen werden und sie überall dort einbezogen werden, wo es für sie besonders relevant ist (z.B. Schulhausbau). Ergebnisse der Partizipation müssten transparent gemacht werden und sie möchten darüber informiert werden, wie es weitergeht und in welchem Zeitraum Ergebnisse erwartet werden können (Entscheidungsträger:innen sollten sich daran halten und keine «leeren Versprechungen» machen).

Aus dem Workshop ging hervor, dass der Kanton hauptverantwortlich sein solle für die Schaffung einer Kultur der Partizipation und der damit verbundenen Haltung. So käme den Kinder- und Jugendbeauftragten die Aufgabe zu, innerhalb von Politik und Verwaltung aktiv Sensibilisierungsarbeit zu betreiben. Dies würde zu einer nachhaltigen Etablierung von Kinder- und Jugendpartizipation beitragen. Im Konkreten sei der Kanton auch dafür verantwortlich, dass regelmässig ein Austausch über bestehende Angebote, geplante Vorhaben und Erfahrungen stattfände, sowie auch Synergien sichtbar und genutzt werden können. Entsprechend der Idee des Vollzugsföderalismus seien die Kantone dafür verantwortlich, dass die konkreten Angebote und Projekte auf Gemeindeebene durchgeführt und überprüft werden.

6. Handlungsempfehlungen

Aus der Synthese und Interpretation der Erkenntnisse der einzelnen Module und der daraus gefolgerten Ergebnisse wurden die folgenden Handlungsempfehlungen erarbeitet.

6.1 Kanton als Monitoring-Instanz

Wie dies in der Ergebnisdiskussion und der vorherigen Empfehlung dargestellt wurde, sollten insbesondere die Gemeinden und lokalen Akteur:innen bei der konkreten Umsetzung von Projekten mit Partizipationsmöglichkeiten federführend sein. Gemäss den Expert:innen sind im Allgemeinen folgende Aufgabenbereiche dem Kanton zuzuordnen:

- Rahmenbedingungen setzen
- Finanzielle Unterstützung
- Know-how vermitteln, Weiterbildungen geben, mit Expertise unterstützen
- Vernetzung mit anderen Kantonen pflegen
- Vernetzungsanlässe für innerkantonale Gemeinden/Organisationen anbieten und organisieren
- Systematisches Monitoring

Hierbei muss vermerkt werden, dass die Aufgabengebiete von Kanton zu Kanton durchaus unterschiedlich sein können. Unter anderem können die Grösse und Topografie des Kantons, Rechtsgrundlagen sowie die ggf. hiermit zusammenhängenden personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen einer Gemeinde dazu führen, dass der Kanton stärker in die Planung und Umsetzung der Angebote einbezogen wird. Um die oben beschriebenen Aufgabenbereiche bearbeiten zu können, ist es unabdingbar, dass der Kanton den Überblick über Partizipationsangebote in den Gemeinden behält. Beispielsweise könnte jede Gemeinde einmal pro Jahr eine Liste mit allen im letzten Jahr durchgeführten und für die nähere Zukunft geplanten Partizipationsangeboten bereitstellen. So lassen sich die Gemeinden stärker in Bezug darauf, wie aktiv sie im Bereich Partizipation sind, vergleichen, und der Kanton weiss, welche Gemeinden ggf. mehr Unterstützung benötigen.

6.2 Verantwortung für Koordinierung und Vernetzung

Die Erkenntnisse zeigen, dass es in allen Kantonen eine Vielzahl an Angeboten und Projekten zur Partizipation gibt. Ebenfalls sind diverse Organisationen und Institutionen am Werk, die auch über die Kantonsgrenzen hinweg niederschwellige Kinder- und Jugendpartizipation fördern. Der Wunsch nach Vernetzung innerhalb der Kantone und über die Kantonsgrenzen hinweg wurde mehrfach genannt und diskutiert.

Dem Kanton kommt hierbei die Rolle zu, die Koordinierung und Vernetzung relevanter Akteur:innen und Angebote innerhalb der Kantonsgrenzen zu gewährleisten und Voraussetzungen für einen konstruktiven, kontinuierlichen Dialog zu schaffen. Beispielsweise können kantonale Fachstellen als Anlaufstelle dienen für konkrete Fragen zur Kinder- und Jugendpartizipation und Austauschplattformen bieten. Gleichzeitig können sie Ideen, Anregungen und Anliegen bündeln und gezielt in passende Politik- und Verwaltungsvorhaben einfliessen lassen oder innovative Ansätze in die Fläche tragen – mit Rückbezug auf lokale Akteur:innen, Gemeinden und vor allem die Kinder und Jugendlichen. Die operative Partizipationsförderung vor Ort würde gemäss dem vollzugsföderalistischen Prinzip weiterhin vor allem in den Gemeinden stattfinden.

Sinnvoll wäre, dass der Kanton zu diesem Zweck passende Plattformen bietet, die den Gemeinden einen Austausch ermöglichen – auch im Bezug zu Initiativen und Projekten, die Partizipation von noch zu wenig repräsentierten Gruppen unter den Kindern und Jugendlichen ermöglichen. Hierbei gilt es, die Grösse und Topografie, Mehrsprachigkeit und weitere Dimensionen des Kantons zu bedenken. So ist bei kleineren Kantonen eine gesamtkantonale Plattform denkbar, wohingegen in Kantonen, die sich in verschiedene Regionen separieren

lassen oder aufgrund von Bergen und Tälern teilweise über lange Wegstrecken verfügen, mehrere und evtl. verschiedene Austauschgefässe vorhanden sein müssten. Ein Hauptziel dieser Gefässe ist, dass damit vielversprechende Ansätze einfacher und schneller übertragen werden können. Es hat sich gezeigt, dass eine Fülle an Ideen, Angeboten und Projekten vorhanden ist. Viele Gemeinden und lokale Akteur:innen wären froh, könnten sie sich einer Vorlage bedienen, die sie lediglich auf die lokalen Bedingungen anpassen müssten.

Beispiel aus der Praxis

Eine Plattform für Projekte, Kanton Jura: www.oxyjeunes.ch

Auf der Homepage werden partizipative Projekte von und mit Kindern und Jugendlichen präsentiert und beworben. Diese Plattform bietet somit einerseits den Kindern und Jugendlichen eine Möglichkeit, das bestehende Angebot kennenzulernen und davon zu profitieren. Andererseits können sich die Kantone auf diese Weise ganz einfach einen Überblick über die laufenden Projekte verschaffen. Es besteht somit ein doppelter Nutzen. Ebenso können auf der Plattform auch Projekte, die von Politiker:innen angestossen werden, online gestellt werden, um Kinder und Jugendliche dafür zu gewinnen.

6.3 Einfache Sprache verwenden und Form der Kommunikation

Information und Transparenz sind für eine niederschwellige Kinder- und Jugendpartizipation indiskutable Bedingungen. Wollen diese beiden Versprechen jedoch vollends eingelöst werden, ist es zwingend notwendig, sich mit der Art und Weise der verwendeten Sprache auseinanderzusetzen. Kinder- und jugendgerechte und -adäquate Sprache erfordert allem voran Einfachheit. Dieses Prinzip gilt gleichermassen für die Ausschreibung von Angeboten, die Erfragung von Bedarfen, sowie auch für die Kommunikation über Entscheide in der Politik bis hin zu Gesetzesentwürfen. Können letztere beispielsweise nicht in einfacher Sprache in der Kantons- oder Gemeindeverfassung verfasst werden, etwa aufgrund von feststehenden juristischen Begriffen, sollte es mindestens eine alternative, barrierefreie Version von ihnen geben.

Das Bewusstsein zu schärfen und darauf hinzuwirken, eine einfache Sprache zu verwenden, ist jedoch lediglich der Anfang. Gezielte Weiterbildungskurse zum Thema für Personen in der Politik und Verwaltung sind als weitere Massnahme denkbar. Gleichzeitig gibt es stets die Möglichkeit, lokale Akteur:innen, die schon in Kontakt mit Kindern und Jugendlichen und somit näher an ihrer Lebenswelt und ihrer Sprache sind, in alle Vorhaben miteinzubinden. So kann es beispielsweise sehr vorteilhaft sein, wenn lokale Fachpersonen der Kinder- und Jugendförderung bei einem Austausch zwischen Politiker:innen und Kindern und Jugendlichen als «Übersetzer:innen» anwesend sind.

Das direkte Ansprechen von Kindern und Jugendlichen über «Mund-zu-Mund-Propaganda» ist dabei zwar am effektivsten (insbesondere für das Gewinnen neuer Teilnehmenden), aber Social Media (in der «Sprache» der Kinder und Jugendlichen; ggf. ebenfalls partizipativ erarbeitet) und analoge Formen wie Broschüren, Plakate oder kreative Formen wie Kreideaktionen seien je nach Art des Angebotes, Zielgruppe oder Region trotzdem zielführend. Dies spricht wiederum dafür, dass vor allem die Gemeinden und lokale Akteur:innen diejenigen sind, welche die Projekte vor Ort umsetzen und durchführen und somit auch hauptsächlich kommunizieren sollten. Der Kanton kann hierbei eine unterstützende Rolle übernehmen (Sensibilisierung und Wissen zu effektiven Formen der Kommunikation vermitteln), sowie ausserkommunale Angebote streuen.

6.4 Kanton als Garant für Heterogenität

In den Workshop-Diskussionen wurde wiederholt betont, dass die Heterogenität der Kinder und Jugendlichen beachtet werden muss. Dies mag zweierlei bedeuten: Entweder werden zielgruppenspezifische Angebote und

Projekte geplant und durchgeführt. Oder diese werden so konzipiert, dass sie möglichst alle Kinder und Jugendlichen ansprechen.

Dem Kanton kommt dabei nicht die Aufgabe zu, diese Angebote und Projekte selbst zu entwickeln und durchzuführen. Vielmehr sollte der Kanton hierbei als «Gewährleistungsinstanz» agieren und sicherstellen, dass der Heterogenität – wie in diesem Bericht beschrieben – Rechnung getragen wird. Wird beispielsweise offensichtlich, dass einzelnen Gruppen zu wenig Beachtung zukommt, läge es in der Aufgabe des Kantons, darauf hinzuweisen und entsprechende Empfehlungen auszusprechen. Der Kanton befindet sich dabei sowohl in einer beratenden, motivierenden und inspirierenden Rolle gegenüber Gemeinden und lokalen Akteur:innen – jedoch ist es auch denkbar, dass sie überprüfen, ob die entsprechenden Angebote und Projekte durchgeführt wurden. Mit dem Überblick über die verschiedenen Vorhaben im ganzen Kanton sowie ausserhalb des eigenen Kantons können sie informierte Vergleiche ziehen und besser einschätzen, inwiefern Angebote und Projekte heterogen gedacht, geplant und umgesetzt sind.

6.5 Vorschlag: «Partizipationsmonat»

Dieser konkrete Vorschlag ist ein Zusammenzug der zentralen Erkenntnisse und Ideen aus dem Workshop der ZHAW mit der SODK und den kantonalen Kinder- und Jugendbeauftragten⁹ / Fachstellen im Rahmen der KKJP-Plattform Kinder- und Jugendförderung. Er könnte als nationales Begehren in allen Kantonen gleichzeitig und in regelmässiger Abfolge umgesetzt werden. Der Vorschlag geht von der Idee einer Sensibilisierungskampagne aus. Für einen nachhaltigen Effekt und die Verankerung der Idee von Partizipation sollte die Kampagne von Beginn an als wiederholendes Element im Jahresrhythmus eingebaut werden.

Jeweils nach dem Schuljahresstart im August oder September lanciert die SODK zusammen mit den kantonalen Kinder- und Jugendbeauftragten / Fachstellen demzufolge den «Schweizerischen Partizipationsmonat». Dieser umfasst diverse Angebote und Projekte rund um Kinder- und Jugendpartizipation. Folgende Angebote und Projekte sind dabei denkbar:

- Kinder- und Jugendforen auf kommunaler Ebene mit lokalen Akteur:innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie Kindern und Jugendlichen
- Workshops zu einfacher Sprache für Personen aus Verwaltung und Politik – mit Kindern und Jugendlichen
- Präsentationen von lokalen Projekten/Good-Practice-Beispielen aus der Gemeinde
- Vorstellung vorhandener Tools, wie beispielsweise Sammlungen partizipativer Methoden (siehe Prototyp 4: «Partizipationskoffer»)
- Aktionen in öffentlichen Räumen, in denen sich Kinder und Jugendlichen aufhalten, um Partizipation zu thematisieren
- Aufsuchende Angebote, die in Institutionen gehen (bspw. Kinder- und Jugendheime)
- Angebote und Projekte in Jugendtreffs, Quartiertreffs, Gemeinschaftszentren und anderen lokalen Organisationen

Ein solcher, sich wiederholender «Partizipationsmonat» könnte zur Sensibilisierung beitragen. Dem Kanton käme die Verantwortung zu, einen solchen Vorschlag zu initiieren und zu begleiten, jedoch lebt das Angebot davon, dass die lokalen Akteur:innen und Gemeinden dies mit Ideen und konkreten Aktionen vor Ort bespielen.

⁹ In den verschiedenen Kantonen werden unterschiedliche Begriffe verwendet. Diese Bezeichnung ist daher nicht abschliessend oder ausschliessend.

7 Literaturverzeichnis

- Askari, S., Anaby, D., Bergthorson, M., Majnemer, A., Elsabbagh, M., & Zwaigenbaum, L. (2015). Participation of Children and Youth with Autism Spectrum Disorder: A Scoping Review. *Review Journal of Autism and Developmental Disorders*, 2(1), 103–114.
- Bedell, G., Coster, W., Law, M., Liljenquist, K., Kao, Y.-C., Teplicky, R., Anaby, D., & Khetani, M. A. (2013). Community Participation, Supports, and Barriers of School-Age Children With and Without Disabilities. *Archives of Physical Medicine and Rehabilitation*, 94(2), 315–323.
- Bult, M. K., Verschuren, O., Jongmans, M. J., Lindeman, E., & Ketelaar, M. (2011). What influences participation in leisure activities of children and youth with physical disabilities? A systematic review. *Research in Developmental Disabilities*, 32(5), 1521–1529.
- Burschel, M., Klein-Zimmer, K., & Seckinger, M. (2022). *Gute Heime – Möglichkeiten der Sichtbarmachung der Qualitäten stationärer Hilfen zur Erziehung* (1. Auflage). Beltz Juventa.
- Brüschweiler, B., Cavelti, G., Falkenreck, M., Gloor, S., Hinder, N., Kindler, T., & Zaugg, D. (2021). *Kinderrechte aus Kinder- und Jugendsicht. Kinderrechte-Studie Schweiz und Liechtenstein 2021*. Herausgegeben von UNICEF Schweiz und Liechtenstein und dem Institut für Soziale Arbeit und Räume, Departement Soziale Arbeit der OST – Ostschweizer Fachhochschule. Zürich und St. Gallen.
- Clark, A. & Moss, P. (2005). *Spaces to Play: more listening to young children using the Mosaic approach*. London: National Children's Bureau.
- Chiapparini, E., Schuwey, C., Beyeler, M., Reynaud, C., Guerry, S., Blanchet, N., & Lucas, B. (2020). *Modelle der Partizipation armutsbetroffener und -gefährdeter Personen in der Armutsbekämpfung und -prävention* (Nr. 7/20). Nationale Plattform gegen Armut.
- Cho, S., Crenshaw, K. W., & McCall, L. (2013). Toward a Field of Intersectionality Studies: Theory, Applications, and Praxis. *Signs: Journal of Women in Culture and Society*, 38(4), 785–810.
- Dittmann, J. & Kehl, K. (2022). Vom Steuerungsmodell zum partizipativen Gestaltungsansatz – Sozialplanung im Wandel gesellschaftlicher Ansprüche. In C. Gehrlach, M. von Bergen & K. Eiler (Hrsg.). *Zwischen gesellschaftlichem Auftrag und Wettbewerb: Sozialmanagement und Sozialwirtschaft in einem sich wandelnden Umfeld*. Wiesbaden: Springer VS, S. 147-158.
- Eberitzsch, S., Keller, S., & Rohrbach, J. (2021). Partizipation in der stationären Kinder- und Jugendhilfe – Theoretische und empirische Zugänge zur Perspektive betroffener junger Menschen: Ergebnisse eines internationalen Literaturreviews. *Österreichisches Jahrbuch für Soziale Arbeit*, 3(1), 113–154.
- Franks, M. (2011) Pockets of Participation: Revisiting Child-Centred Participation Research: Revisiting Child-Centred Participation Research. *Children & Society* 25, no: 15–25.
- Gaiser, W., & de Rijke, J. (2007). *Partizipation junger Menschen. Trends in Deutschland und der europäische Kontext*. 2(4), 421–438.
- Gebken, Ulf & Vosgerau, Söhnke (2014). "Teilhabe, Empowerment, Anerkennung - Hintergrund, Ziele und Konzept des Praxisforschungsprojekts Fussball ohne Abseits." In: Gebken, Ulf & Vosgerau, Söhnke (Hrsg.): *Fussball ohne Abseits. Ergebnisse und Perspektiven des Projekts „Soziale Integration von Mädchen durch Fussball“*. Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- Geisen, T., & Riegel, C. (2007). Jugendliche MigrantInnen im Spannungsfeld von Partizipation und Ausgrenzung – eine Einführung. In T. Geisen & C. Riegel (Hrsg.). *Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 7-26.
- Gerlit, R., (2020). *Barrieren politischer Partizipation am Bürgerhaushalt in Deutschland: Empirische Erhebung und Massnahmen zur Überwindung*. PhD Dissertation. München: Technische Universität München
- Gimpel, J. G., & Pearson-Merkowitz, S. (2009). Policies for Civic Engagement beyond the Schoolyard. In: James Youniss und Peter Levine. In *Engaging young people in civic life* (S. 81–101). Vanderbilt University Press.
- Grasshoff, G. (2022). Partizipation in der Hilfeplanung. In K. Peyerl & I. Züchner (Hrsg.), *Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe: Anspruch, Ziele und Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen*. Beltz Juventa, S. 165–176.
- Heeg, R., Steiner, O., Balleys, C., Lodi, I., & Schnorr, V. (2015). *Evaluation Projekte Peer Education / Peer Tutoring zur Förderung von Medienkompetenzen BAND II: Detaillierte Ergebnisse zu den Modellprojekten und Anhängen*.
- Hirschi, J., & Blumenthal, M. (2016). *Bedürfnisanalyse zu einem nationalen Jugendparlament*. Dachverband Schweizer Jugendparlamente DSJ.
- Arnold, H. & Höllmüller H. (Hrsg.) (2017). *Niederschwelligkeit in der sozialen Arbeit*. Weinheim Basel: Beltz Juventa.
- Knauer, R., & Sturzenhecker, B. (2005). Partizipation im Jugendalter. In B. Hafener, M. M. Jansen, & T. Niebling (Hrsg.), *Kinder- und Jugendpartizipation: Im Spannungsfeld von Interessen und Akteure*. Verlag Barbara Budrich, S. 63-94.
- Kutscher, N., & Iske, S. (2020). Digitale Ungleichheiten im Kontext Sozialer Arbeit. In N. Kutscher, T. Ley, U. Seelmeyer, F. Siller, A. Tillmann, & I. Zorn (Hrsg.), *Handbuch Soziale Arbeit und Digitalisierung*. Beltz Juventa, S. 115-128.

- Laforgue, N., Sabariego, M., Ruiz, A., & Cano-Hila, A. B. (2022). An Intersectional Analysis of Child and Adolescent Inclusion in Local Participation Processes. *Social Inclusion*, 10(2), 66–74.
- Mayrhofer, H. (2012). *Niederschwelligkeit in der Sozialen Arbeit: Funktionen und Formen aus soziologischer Perspektive*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Moser, S. (2010). *Beteiligt sein: Partizipation aus der Sicht von Jugendlichen* (1. Auflage). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Muri, G., Simoni, H. (2019). Lebenswelt Gemeinde: Mit Kindern forschen – Aus Perspektiven und Methoden ein Mosaik zusammenfügen. In: Hedderich, I., Butschi, C., Reppin, J. (Hrsg.). *Perspektiven auf Vielfalt in der frühen Kindheit – Mit Kindern Diversität erforschen*. Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, S. 314-333.
- Müller-Suleymanova, D. & Adili K. 2023. *Second Generation: Ein partizipatives Forschungs- und Entwicklungsprojekt mit Zuger Jugendlichen*. Schlussbericht. Zug: Amt für Gesundheit, Kanton Zug.
- Nef, S., Gisiger, J., Frigo Charles, O., Gertel, E., Pizzera, M., Suppa, A., & Streckeisen, P. (2022). *Politische Partizipationsformen und Motivation von Jugendlichen sich zu engagieren*. Schlussbericht. BSV (Bundesamt für Sozialversicherungen) & EKKJ (Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen).
- Oehme, A. (2011). *Niedrigschwellige Jugendsozialarbeit: Eine Handreichung für die Praxis zur Ausgestaltung niedrigschwelliger Projekte in der Jugendsozialarbeit*. Berlin: Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit.
- Pitti, I., Mengilli, Y., Martelli, A., & Loncle, P. (2019). Participation and everyday life. Emerging meanings in youth cultural practices. In: A. Walther, J. Betsleer, P. Loncle, & A. Pohl (Hrsg.). *Young people and the struggle for participation: Contested practices, power and pedagogies in public spaces*. London: Routledge, S. 131–145.
- Rameder, P. (2015). *Die Reproduktion sozialer Ungleichheiten in der Freiwilligenarbeit: Theoretische Perspektiven und empirische Analysen zur sozialen Schliessung und Hierarchisierung in der Freiwilligenarbeit*. PL Academic Research.
- Reitz, S. (2015). *Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Partizipation was aus menschenrechtlicher Sicht im Bildungsbereich getan werden muss*. Deutsches Institut für Menschenrechte.
- Rieker, P., Mörge, R., Schnitzer, A., & Stroezel, H. (2016). *Partizipation von Kindern und Jugendlichen: Formen, Bedingungen sowie Möglichkeiten der Mitwirkung und Mitbestimmung in der Schweiz*. Springer VS.
- Rogge, T. (2021). Ungleichheit als Herausforderung digitaler Partizipation von Schüler*innen. In L. Möller & D. Lange (Hrsg.), *Augmented Democracy in der Politischen Bildung: Neue Herausforderungen der Digitalisierung*. Springer Fachmedien, S. 137–154.
- Rohrbach, J., Eberitzsch, S., & Keller, S. (2021). Beteiligung junger Menschen im Alltag der stationären Kinder- und Jugendhilfe verstehen und fördern: Die Aktionsbox "Wie wir das sehen". *Evangelischer Erziehungsverband* 98 (4): 280 - 285.
- Schmuziger, A., & Zimmermann, D. (2021). *Jugendpartizipation in der Gemeinde ermöglichen*. Forschungsbericht. Luzern: Hochschule Luzern – Soziale Arbeit.
- Schürch, D. (2007). *Psicodidactica della fotografia nel bambino dai 3 ai 7 anni. L'altro sguardo sull'ambiente di vita*. Milano: FrancoAngeli.
- Steiner, C., Haunberger, S., & Kehl, K. (2022). Freiwilligenmanagement in der Deutschschweiz: Erkenntnisse einer Organisationsbefragung. In: Haunberger, S., Kehl, K., & Steiner, C. (Hrsg.). *Freiwilligenmanagement in zivilgesellschaftlichen Organisationen: Anwerben, Begleiten und Anerkennen von freiwilligem Engagement im Alter*. Zürich: Seismo, S. 127-156.
- Sünker, H., & Swiderek, T. (2022). Kinderpolitik und Kinderrechte. In: K. Peyerl & I. Züchner (Hrsg.), *Partizipation in der Kinder- und Jugendhilfe: Anspruch, Ziele und Formen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen*. Beltz Juventa, S. 26-39.
- ten Brummelaar, M. D. C., Harder, A. T., Kalverboer, M. E., Post, W. J., & Knorth, E. J. (2018). Participation of youth in decision-making procedures during residential care: A narrative review. *Child & Family Social Work*, 23(1), 33–44.
- Thimm, C. (2018). Digitale Partizipation – Das Netz als Arena des Politischen? Neue Möglichkeiten politischer Beteiligung im Internet. In: A. Kalina, F. Krotz, M. Rath, & C. Roth-Ebner (Hrsg.), *Mediatisierte Gesellschaften. Medienkommunikation und Sozialwelten im Wandel*. Nomos Verlag, S. 161-180.
- Thomi, L. (2019). *Barrierefreie digitale Partizipation. Eine Analyse von Online-Tools für die Nutzung von barrierefreien partizipativen Prozessen*. Schlussbericht zum Mentorat Digitale Partizipation. Zürich: Soziale Arbeit ZHAW.
- Vatter, A. (2020). *Das politische System der Schweiz*, 4. Auflage; Baden-Baden: Nomos.
- Vromen, A., & Collin, P. (2010). Everyday youth participation? Contrasting views from Australian policymakers and young people. *YOUNG*, 18(1), 97–112.
- Walther, A., Lüküslü, D. G., Loncle, P., & Pais, A. (2021). Regimes of Youth Participation? Comparative Analysis of Youth Policies and Participation across European Cities. *YOUNG*, 29(2), 191–209.
- Wittwer, S. (2015). *Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der Schweiz*. Studie der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) in Zusammenarbeit mit dem Dachverband Schweizer Jugendparlamente (DSJ). Bern.

8 Anhang. Good Practice Beispiele aus den erhobenen Daten

In den Expert:innen Interviews wurden einige Beispiele von niederschweligen und/oder innovativen Projekten genannt. Es folgt eine Zusammenstellung einiger Projekte.

The Social Truck

In einem Kleinbus befindet sich ein Laboratorium zu Natur, Technologie und Kunst. Dieser Bus fährt durch Gemeinden und Quartiere und ist eine mobile soziokulturelle Anlaufstelle, die partizipative Projekte mit Kindern und Jugendlichen ermöglicht und fördert. (www.thesocialtruck.ch)

Dixit

In der durchgeführten Umfrage unter Jugendlichen zu Bedürfnissen und Partizipation wurde mit einem peer-to-peer Ansatz gearbeitet. Jugendliche haben Jugendliche befragt. (www.mendrisio.ch/dixit/)

Young 4 Help Chat

Ursprünglich aus einem Pro Juventute Projekt entstanden, gibt es eine Homepage, auf welcher die Jugendlichen sich eine:n Chatbuddy aussuchen und über diverse Themen chatten können. (www.young4helpchat.com)

Zeta Movement

Ein Beispiel eines Projekts, in welchem sich Jugendliche als Ambassador:innen für die Bewusstseinsbildung zu psychischer Gesundheit einsetzen. (www.zetamovement.com)

Plattform für Projekte

Auf einer Homepage werden Projekte von und mit Kindern und Jugendlichen präsentiert und beworben. Da können beispielsweise auch Projekte, die von Politiker:innen angestossen werden, online gestellt werden. (www.oxyjeunes.ch)

Politbaukasten

Projekt und Plattform mit diversen Angeboten zur Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen über Politik. (www.polit-baukasten.ch)

Engage.ch

Organisation mit diversen Angeboten. Auf Gemeindeebene bspw. bieten sie Jugend-Befragungen und umfangreiche Beratungsprozesse für die Gemeinde an, um Kinder- und Jugendpartizipation zu fördern. (www.engage.ch)

Jugendpolittag

Dieser wird im Kanton Solothurn erfolgreich seit über 10 Jahren durchgeführt und ist ein Projekt, welches von engage.ch betreut und durchgeführt wird. (www.engage.ch/jugendpolittag)

Kindersession Horgen

Kinderbüro in Horgen hat mit ca. 15 Kindern zusammen eine Kindersession entworfen, geplant und durchgeführt. Ideen daraus wurden grösstenteils umgesetzt und die Kindersession wurde zu einem regelmässigen Anlass. Rekrutierung der Kinder geschah in Zusammenarbeit mit der Schule, so dass aus allen fünf Schuleinheiten Kinder in der Session mitmachten (<https://www.unicef.ch/de/unsere-arbeit/schweiz-liechtenstein/kinderfreundliche-lebensraeume/fallbeispiele>)

PartiZHipation (okaj)

Zehn Zürcher Gemeinden überprüfen und verankern im Rahmen des Projekts PartiZHipation die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in ihrer Gemeinde. <https://okaj.ch/projekte/partizhipation>